

# Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 7. Mai 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Was gebietet die Stunde?

Die Gewerkschaften und der Ausgang der Landtagswahlen — Die Eiserner Front als Stoßtruppe des Sozialismus —  
Anschlüssige Haltung der Kommunisten — Triumphgeheul der Nazis — Gewerkschaften und Sozialdemokraten  
stehen enger zusammen denn je!

Das Gesamtergebnis der Landtagswahlen in Preußen und den übrigen Ländern läßt große Befriedigung bei den gewerkschaftlich geschulten Massen nicht aufkommen. Wohl kann mit einem gewissen Stolz darauf hingewiesen werden, daß trotz heftigsten Anrennens durch die Nazifront einerseits und die kommunistische Front im Rücken andererseits die Sozialdemokratie besonders in Preußen mit dem Verlust von 300 000 Stimmen in dieser Notzeit noch glimpflich davongekommen ist. Bringt man sich dabei zum Bewußtsein, daß Berlin, Ostpreußen und Hamburg einen erheblichen Stimmenzuwachs für uns aufzuweisen haben — wie überhaupt das Bild in den einzelnen Wahlkreisen recht verschieden ist —, so läßt sich feststellen, daß kein Anlaß vorliegt zu melancholischen Betrachtungen oder zum tiefsten Pessimismus gegenüber der zielbewußten Arbeit der Gewerkschaften und der Partei während des Wahlkampfes.

Ganz anders liegen natürlich die Dinge, wenn man das Gesamtergebnis der Wahlen betrachtet in bezug auf ihre politische, soziale und wirtschaftliche Auswirkung. Die Parlamente haben eine so erhebliche Verschiebung in ihrer Parteienzusammensetzung erfahren, daß die Folgen von niemand übersehen werden können. Die mittleren Gruppen des Bürgertums — Volkspartei, Wirtschaftspartei, Staatspartei und Splittergruppen — sind fast verendet, d. h. sie sind in der „alleinseigmachenden“ Suggestivpolitik der Nazis aufgegangen.

In zähem Ringen hat die Eiserner Front den stärksten Gegenstoß unternommen und an vielen Orten offensichtliche Fortschritte aufzuweisen. Selbstverständlich können wir den müden Kämpfer, der von der Arbeitslosigkeit gepeinigt ist und nicht die politischen Entwicklungsnotwendigkeiten sieht, in jetziger Zeit den radikalen Strömungen schwer entziehen, aber wir können unsere Kampftruppe noch mehr festigen, wenn wir das Stadium der Abwehr noch verschärfen und die grundsätzliche sozialistische Einstellung auch über den Wahlkampf hinaus betonen. Denn das scheint uns eine der wichtigsten Lehren dieser Wahlkämpfe:

Die Weltanschauungsparteien bleiben fest und werden nicht so leicht vom Gegner umgeworfen.

In dieser Beziehung ist besonders das Zentrum beispielgebend. Es hat wohl um 200 000 Stimmen zugenommen in seinen Bezirken. Und so feststehend es ist, daß ein erheblicher Wechsel — den man auf mindestens 500 000 bis 600 000 schätzen kann — des kommunistischen Flügels zu den Rechtsbolschewisten der Nazis stattgefunden hat, so wahrscheinlich ist es, daß doch auch aus den Reihen der sozialisti-

schen Wähler manche wieder zurückgewonnen worden sind, selbst vom Zentrum. Wir werden also in viel stärkerem Maße das weltanschauliche Moment wieder in den Vordergrund unserer Agitation stellen müssen, so daß jeder einzelne die Grundgedanken des Sozialismus nicht nur in parteitaktischen Fragen erkennt, sondern darüber hinaus die sittliche, moralische und menschliche Seite einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung als wichtigste Triebkraft der Neugestaltung unserer Wirtschaft ansieht.

Aber wir müssen noch einen Augenblick bei dem geradezu verblüffenden Rückgang der Kommunisten verweilen. Neben den Reichspräsidentenwahlen, die ja eine besondere Note hatten, ist es wohl das erstmal, daß die Kommunisten sich eine Schlappe in solchem Ausmaße geholt haben. Zwar ist ihre Stimmenzahl insgesamt auch „nur“ um über 300 000 gefallen; bedenkt man aber, daß sie ohnehin nur die reichliche Hälfte unserer Stimmen in den meisten Wahlkreisen abtrachten, so ist damit ihr prozentualer Rückgang doch als geradezu katastrophal zu bezeichnen und keine beschönigenden Auftrufe oder Entschuldigungen vermögen etwas daran zu ändern. Wir werden aus diesem gegensätzlichen Beispiel des Zuwachses an Stimmen bei dem Zentrum einerseits und dem großen Verlust der radikalen Oppositionspartei der KPD. andererseits klar erkennen können, daß die entscheidende Frage nicht die „Koalitionspolitik“ ist. Die Frage kann also nicht länger so gestellt werden (wie das vielfach in den letzten Jahren behauptet wurde), als ob man nur als Oppositionspartei groß werden könne innerhalb der Arbeiterschaft. Nein, die ewigen demagogischen, mit unzulänglichem Material operierenden Methoden, wie sie bei den Nazis genau so wie bei den Kommunisten anzutreffen sind, werden auf die Dauer nicht vorhalten. Ob innerhalb der Regierung, wie in einzelnen Staaten bei den Nazis, oder strikte gegen die Regierung wie bei den Kommunisten ist nicht das Entscheidende. Insofern hat sich die politische Situation erheblich geklärt, und es gilt, daraus auch die nötige Nutzenanwendung zu ziehen. Natürlich spielt bei einem Wahlkampf im Zeitalter der Listenwahlen die Persönlichkeit zwar nicht mehr die gleiche Rolle wie früher, aber es ist doch anzunehmen, daß die Führergarnitur um Thälmann bei der KPD. nicht unerheblich zu dem Niedergang der Kommunisten beigetragen hat. Die ewigen Schwindelnachrichten in der „Roten Sturm-Fahne“ wurden sicher zuletzt von den eigenen Anhängern auch nicht mehr ganz ernst genommen, und hätte man nicht noch den Münzenberg-Konzern mit seiner Sensationspresse, so wäre das Wahl-

resultat für die KPD. sicher noch viel kläglicher ausgefallen. — Wir betrachten als eine weitere wichtige Lehre dieses Kampfes die Tatsache, daß die schon seit langem sich in Taktik und Methoden angekündigte „Wahlverwandtschaft“ zwischen Nazis und Kommunisten eines Tages zu größerem Umschwenken der Wählermassen führen mußte. Seit bald zehn Jahren, als die ersten Anfänge der Nazis sich zeigten, konnte man bereits in Stadtparlamenten eine gewisse gemeinsame Linie im taktischen Vorgehen der Rechts- und Linksradikalen feststellen, die auch sehr bald in ihren Methoden einander so ähnlich wurden, daß es beim besten Willen dem politisch nicht sehr Geschulten schwerfallen mußte, die beiden Strömungen auseinanderzuhalten. Waren schon die äußeren Kampfmittel ganz die gleichen, vom Schlagring bis zum Revolver, so bestand auch eine große Ähnlichkeit in der „Ideologie“, soweit man in diesem Zusammenhang überhaupt davon sprechen kann. Führer und Massen wechselten hin- und herüber, und nur Tedd y Thälmann blieb bis jetzt der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, bis auch er eines Tages wohl zu der „Regierung auf dem Mond“ versetzt wird. Charakteristisch für beide Parteien sind auch die unglaubliche Unduldsamkeit und Ueberheblichkeit, um nicht zu sagen Unverstörenheit, die im kräftesten Widerspruch stehen zu der wirklichen politischen Klarheit einer Partei. Beide sind, wirtschaftlich gesehen, „Weltkriegsgewinner“, und während die Konjunktur der KPD. die abwärts gerichtete Tendenz zeigt, steigt nun der rechtsgerichtete Bruder Nazi in steiler Kurve empor. Jawohl, wir dürfen uns nicht darüber täuschen: das Ende des Naziaufstiegs ist noch nicht gekommen! Wohl gelang es (abgesehen vom kleinen Anhalt), das Schlimmste abzuwehren; eine reine Rechtsmehrheitsregierung wird in Preußen vorerst nicht möglich sein. Das Zentrum kann aber seinen Millionen Arbeiterwählern schwerlich eine Koalition mit den verfassungsfeindlichen Nazis zumuten. Für jedes Land aber bleibt doch die Gefahr außerordentlich groß, daß die Hemmungslosigkeit und Demagogie der Nazis politisch und wirtschaftlich erhebliches Unheil anrichten.

Besonders bedauerlich bleibt dabei, daß die sechs Millionen Neuwähler, also die Jugend zwischen 20 und 25 Jahren, offenkundig zu einem erheblichen Teil von den sogenannten Ideen der Nazis erfaßt sind. Wir müssen es im Zeitalter der deutschen Republik erleben, daß unsere Volksschulen vollkommen versagen in bezug auf die staatsbürgerlichen Erziehungsaufgaben zur Republik und Demokratie. Die höhere Schule aber ist der Agitationsherd für die Hitler-Leute, dank den privilegierten Hochschullehrern und den privilegierten Studenten. Die Moral und Theorie dieser Menschen gehen etwa dahin, daß sich die Massen durch „Gewohnheit“ mit ihrem Los abzufinden haben, aber die „Herrenmenschen“ und Bildungsbevorzugten müssen unter allen Umständen gesellschaftlich, sozial und wirtschaftlich ihre Position haben, mag darüber auch das Ganze in noch größeres Elend kommen.

Nun wird zwar bei jedem Wahlgang mehr und mehr erkannt, daß Hitlers unbegrenzte Demagogie eine sehr einfache Formel hat: Er verspricht jedem jedes! Den Kapitalisten hat er in seinem Vortrag in Düsseldorf das Recht des „möglichst freien unbegrenzten Individualismus“ zugesprochen, den Arbeitern gegenüber sagt er, „die Notverordnungen müssen aufgehoben werden“, das „Elend der Arbeitslosigkeit wird in einem nationalsozialistischen Staat nicht mehr sein“.

Einen Weg aus der wirtschaftlichen Krise freilich weiß er ebensowenig wie irgendein anderer. Im Kaiserhof, dem feinsten Hotel Berlins, verspricht er den ausländischen Journalisten, „daß unsere Schulden weiter bezahlt werden sollen, und wir uns unseren Verpflichtungen nicht entziehen können“. Dem Bürgertum aber gaukelt

er vor, daß wir „in kürzester Frist die Verträge aufheben könnten und damit unsere Schuldverpflichtung“. Seine Redensarten über das „marxistische System“ sind so bewußt un wahr, daß man nur staunen kann, woher er den Mut, um nicht zu sagen die Frechheit besitzt, sie immer zu wiederholen; denn er weiß ganz genau, daß im jetzigen kapitalistischen Staat kein marxistisches System durchgeführt werden kann. Im übrigen ist bekanntlich die Reichsregierung rein bürgerlich und stark rechts gerichtet. Die bisherige Preußenregierung aber setzte sich nach der Weimarer Koalition zusammen; auch sie konnte kein marxistisches System durchführen.

Aber alle diese Dinge sind unseren Lesern ja geläufig. Soll man sich noch darüber wundern, daß die Nationalsozialisten den Frauen nicht nur das Wahlrecht absprechen, sondern sie überhaupt in den Zustand versetzen möchten, der vor etwa 100 Jahren gesellschaftlich und sozial für die Frau galt? Trotzdem hat es zahlreiche Frauen gegeben, die dem Wundergläubigen Hitler nachgefolgt sind. Wir sehen daraus, daß unsere Aufklärung wieder in umfassenderer Weise vor sich gehen muß, und daß das Buch von August Bebel „Die Frau und der Sozialismus“ auch heute noch in der Agitation am Platze ist, genau wie sein Ausspruch über „den Sozialismus der dummen Kerle“, den er zwar für die Antisemiten des vorigen Jahrhunderts prägte, der aber für unsere Nazileute auch heute durchaus noch zutrifft.

So läßt sich für die Gewerkschaften als Gesamtergebnis feststellen, daß die Schicksals- und Gefahrengemeinschaft mit der Sozialdemokratie bedingt, daß wir strikte auf der ganzen Linie zusammengehen müssen. Man mag über einzelne taktische Methoden innerhalb der Sozialdemokratie recht verschiedener Meinung sein. Auch darüber werden wir noch einiges zu sagen haben. Wir müssen in noch viel stärkerem Maße als bisher die Gemeinsamkeit unserer Bestrebungen in den Vordergrund rücken, gerade weil gegenwärtig mehr denn je **gewerkschaftliche Forderungen auch politische Forderungen sind.**

Anders ausgedrückt: In diesen Zeiten der schwersten Krise mit dem ungeheuren Arbeitslosenheer können wir die offene Kampfesfront in den Gewerkschaften natürlich nicht so durchführen wie in Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur. Das mag für die Niederlagenstrategie der KPD. und für manchen Kollegen, der ungenügende Erfahrungen im wirtschaftlichen Kampfe hat, ein Argument gegen uns sein, für den denkenden Gewerkschaftler aber bleibt die Tatsache bestehen: Wir müssen unseren gesamten gewerkschaftlichen und politischen Druck konzentrieren auf den einen Punkt:

#### die Abwehr gegenüber dem Andrängen der Nationalsozialisten!

Sie wollen „die marxistische Front sprengen“. Leider ist sie durch die Kommunisten längst gesprengt, und deren Presse aus den letzten Tagen beweist uns, daß die schwache Hoffnung hinfällig ist, als wäre so etwas wie eine Einkehr festzustellen infolge ihrer katastrophalen Niederlage. Gewiß werden sie bei einem neuen Volksentscheid, herbeigeführt durch die Deutschnationalen und Nazis, sich überlegen, erneut mit diesen Todfeinden der Arbeiterklasse zusammenzugehen. Ob sie in dem neuen Preußischen Landtag dem von Hitler bestimmten Ministerpräsidenten die Möglichkeit geben, Otto Braun zu ersetzen, bleibt noch abzuwarten. Sicher aber ist, daß die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokraten und der deutschen Gewerkschaften bei den letzten politischen Kämpfen zu den politischen Problemen die richtige war. Es fragt sich nur, ob nicht Taktik und Methoden im Wahlkampf, wie überhaupt in der Propaganda des Sozialismus, wesentlich geändert werden müssen.

# Zur Lohnbewegung der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner

**Lohntarifverträge bis 31. 5. 1932 unverändert verlängert; Reichsfinanzministerium fordert weiterhin Angleichung!**

Bei den Verhandlungen am 20. April 1932 mit dem Reichsfinanzminister wurde von uns noch einmal mit aller Deutlichkeit auf die Sinnlosigkeit der restlosen Durchführung des § 7 Ziffer 4 hingewiesen. In der Zwischenzeit haben Aussprachen mit dem Reichsarbeitsgeberverband und dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden, an denen Kollege P o l e n s k e beteiligt war. Die Aussprachen mit den geschäftsführenden Herren des Reichsarbeitsgeberverbandes stellten erneut die technische Unmöglichkeit der Angleichung fest. Bei den Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium mußte von dem Vertreter des Ministeriums auch diese Tatsache anerkannt werden. Bei den Verhandlungen am 20. April 1932 hatte der Reichsfinanzminister zugesagt, in einer Aussprache mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald die Fragen durchzusprechen und im Anschluß an diese Aussprache mit den Gewerkschaften erneut zu verhandeln. Die Wahlbewegung hat leider diese Aussprache verzögert, so daß erst auf unser Drängen in den letzten Tagen, und zwar am 27. April 1932, die Aussprache erfolgte. Die Sitzung im Reichsfinanzministerium fand am Freitag, dem 29. April 1932, unter Vorsitz von Dr. Schilling und in Anwesenheit des Regierungsrats Koch vom Arbeitsministerium statt. Von den Arbeitnehmern waren vertreten die Reichsabteilung A und D des Gesamt-Verbandes und der christliche Verband. Eingangs der Besprechung erklärte Dr. Schilling, der Reichsfinanzminister habe ihn beauftragt, das Ergebnis der Besprechung zwischen dem Herrn Reichsfinanzminister und dem Herrn Reichsarbeitsminister vom 27. April 1932 mitzuteilen. Die Besprechung der Minister habe auf Antrag des Gesamt-Verbandes stattgefunden. Das Ergebnis der Ministerbesprechung ist folgendes:

§ 7 Ziffer 4 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung muß als gesetzliche Bestimmung durchgeführt werden. Wegen der Durchführung dieser Gesetzesbestimmung im einzelnen muß Übereinstimmung zwischen den Vertragsparteien herbeigeführt werden. Im Schlichtungswege kann durch das Reichsarbeitsministerium und die staatlichen Schlichter nichts anderes als die Durchführung des Gesetzes ausgesprochen werden. Gewisse Änderungen, die die Vertragsparteien treffen, müssen mit dem Text der Notverordnung übereinstimmen. Die Richtlinien für die Durchführung dieser Maßnahmen besagen:

„§ 7 Abs. 4 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung muß grundsätzlich durchgeführt werden, jedoch soll als eine der Notverordnung entsprechende Durchführung auch eine Regelung nach Maßgabe des folgenden gelten:

Einzelne Abweichungen von der Bestimmung des § 7 Abs. 4 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung über die Angleichung der Stundenlohnbezüge der Arbeiter der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts an die der Arbeiter im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost, können zwischen den Tarifparteien mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen vereinbart werden.

Der Reichsminister der Finanzen wird seine Zustimmung erteilen,

- wenn die Abweichung lohnpolitisch unbedenklich erscheint und die finanzielle Auswirkung im ganzen nicht wesentlich vermindert, oder
- wenn die Abweichung zur Vermeidung außergewöhnlicher Härtefälle notwendig erscheint; in diesem Falle ist die Härte in der Regel durch Gewährung einer persönlichen Zulage für die bereits im Dienst befindlichen Arbeiter zu beseitigen, die so zu bemessen ist, daß für die im Dienst befindlichen Arbeiter der gegenwärtige Stundenlohnbezug nicht um mehr als 10 Proz. gesenkt wird.“

Die Tarifparteien sollen nunmehr an der Hand dieser Richtlinien Vereinbarungen treffen. Die Ministerien halten es für selbstverständlich, daß für diese Verhandlungen ein angemessener Zeitraum gelassen werden müsse. Es sei daher notwendig, die zur Zeit bestehenden Lohntarifverträge auf eine gewisse Zeit zu verlängern. Weiter führt Ministerialrat Dr. Schilling zu den vorgelegten Richtlinien aus, und zwar zu a, daß gewisse lohnpolitische Zusammenfassungen für mehrere Orte erhalten bleiben könnten und daß angelernte Gemeindearbeiter im einzelnen anders zu behandeln seien, so insbesondere Straßenbahner und andere Spezialgruppen der Gemeindearbeiter, als die in der angelernten Reichsarbeitergruppe eingruppierten Arbeiter; zu b, daß die dort angeführten Härtefälle auf möglichst wenige Fälle beschränkt werden müssen. Regierungsrat Koch vom Arbeitsministerium

erklärte, er habe als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den Erklärungen des Vertreters des Reichsfinanzministeriums nichts Wesentliches hinzuzusetzen.

Von den Arbeitgebern weist der Vorsitzende der Lohntarifkommission, Senator Weber, auf die Notlage der Gemeinden hin. Diese zwingen sie, die gesetzlichen Bestimmungen (gemeint ist der § 7 Ziffer 4) anzuwenden. Er spricht sich dafür aus, die bestehenden Lohnabkommen um einen Monat zu verlängern, bemerkt aber dabei, daß der Wunsch der Bezirksarbeitsgeberverbände dahingehe, diese Verlängerung ohne die Lohnschutzklauseln vorzunehmen. Im übrigen sei der Reichsarbeitsgeberverband bereit, in der Zwischenzeit eine Einigung auf dem Boden der Richtlinien anzustreben. Gelänge dies nicht, seien die Arbeitgeber gezwungen, eine einseitige Durchführung der Gesetzesbestimmung vorzunehmen. Ministerialrat Dr. Schilling erklärt noch einmal, daß die Möglichkeit der Erfüllung der Richtlinien im einzelnen hier nicht erörtert werden könne. Das Reichsfinanzministerium warte die Vorschläge der Parteien über die zu beabsichtigenden Vereinbarungen ab. Er sehe allerdings jetzt schon im Geiste die Angriffe der Öffentlichkeit wegen des erneuten Zurückweichens des Reichsfinanzministeriums vor den Gewerkschaften. Aber der Reichsfinanzminister sehe diesen Angriffen mit aller Ruhe entgegen und würde es begrüßen, wenn ein Kompromiß zustande kommen würde. Als Zeitraum für die Verständigung dürften vier Wochen genügen.

Als Vertreter der Gewerkschaften erklärte P o l e n s k e, den Gewerkschaften sei eine augenblickliche Stellungnahme zu den soeben überreichten Richtlinien nicht möglich. Die Gewerkschaften brauchen auf jeden Fall Zeit, um mit ihren Tarifkommissionen zu beraten. Es sei deshalb notwendig, die Tarifverträge mit allen Einzelheiten, also auch mit den Lohnschutzklauseln, bis zu einem noch zu vereinbarenden Termin zu verlängern. Die Sorge des Reichsfinanzministeriums um die Stellungnahme der Presse gegenüber diesen Dingen könne uns nicht beeinflussen, da man wisse, daß die Stellungnahme gewisser Zeitungen einseitig zuungunsten der Arbeitnehmer sowie auch der Gemeinden bekannt sei. Herr Dr. Schilling verzichtete auf eine Rückwirkung einer etwaigen Vereinbarung auf den 1. Mai 1932. Das Ministerium verlangt aber, daß die Neuverbarung mit dem Termin, an dem die Vereinbarung abgeschlossen würde, in Kraft trete. — Im Anschluß an diese Besprechung vereinbarten die Parteien:

„Alle am 30. April 1932 geltenden Lohnregelungen laufen über den 30. April 1932 hinaus weiter und enden am 31. Mai 1932, ohne daß es einer Kündigung bedarf.“

Die Versuche der Arbeitgeber, am 1. Mai 1932 die Lohnschutzklausel zu beseitigen, sind abgefallen worden. Das Reichsfinanzministerium besteht also trotz der gewaltigen Lohnkürzungen in den Gemeindebetrieben auf weiteren Lohnsenkungen, die aber, wie gnädig, nicht über das Maß von 10 Proz. hinausgehen sollen! Der Gesamt-Verband hat die Reichstarifkommissionen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner zum 7. Mai 1932 nach Berlin einberufen, um zu dieser neuen Situation Stellung zu nehmen. Die in den Bezirken etwa noch angelegten Verhandlungen sind, soweit die Lohntarife in Frage kommen, auf Grund der Vereinbarung abgebrochen worden. Ob und wann sie wieder aufgenommen werden, wird im wesentlichen abhängen von dem Ergebnis der Besprechungen, die zwischen den beiden Parteien in den nächsten Tagen und im Anschluß an die Sitzung der Reichstarifkommissionen stattfinden werden. Zu den Richtlinien oder Vorschlägen, die das Reichsfinanzministerium im Einverständnis mit dem Arbeitsministerium den Parteien unterbreitet hat, sei folgendes gesagt:

„Die Gemeindearbeiter haben, ebenso wie die Gemeindebeamten, im Laufe des letzten Jahres ungeheure finanzielle Opfer gebracht, die man billigerweise auch im Reichsfinanzministerium anerkennen sollte. Es ist politisch und volkswirtschaftlich unerträglich, einer einzelnen Gruppe von Arbeitnehmern Belastungen aufzuerlegen, die über das Maß dessen hinausgehen, das die Notzeit leider der deutschen Arbeitnehmerschaft auferlegt hat. Die Angleichung entsprechend der Forderung des Reichsfinanzministeriums ist nur möglich unter Zerstörung wertvoller und auch finanziell durchaus vernünftiger Eigenheiten des Systems der Gemeindearbeiterlöhne. Die Gemeindearbeiterlohnregelung muß wieder den zuständigen Stellen überlassen bleiben.“

C. P.

## Unerfättlich

Wenn die deutsche Regierung im Interesse gewisser Unternehmerkreise durch einen gesetzgeberischen Akt in das Wirtschaftsleben eingreifen soll, läßt sie gern den Reichswirtschaftsrat den Prügeljungen spielen. Eine Ausnahme macht die Regierung, wenn die hilfsheischenden ihren Betrieb schon derart zerrwirtschaftet haben, daß nur noch sofortige Operation das Unheil abwenden kann (Banken, Schiffahrt usw.). Als der Einzelhandel Staatshilfe beanspruchte, überwies die Regierung den Fragenkomplex dem Reichswirtschaftsrat, als sie jedoch merkte, daß dieser diesmal durchaus keine Neigung zeigte, den Prügeljungen zu spielen, wurde sie äußerst ungnädig. Sie entschied ohne sachverständigen Rat durch die Notverordnung für den sogenannten Mittelstand gegen die Einheitspreisgeschäfte. Die liberale „Dossische Zeitung“ ist mit dieser Brückierung des Reichswirtschaftsrates, mit seiner doch wirklich keiner Steigerung bedürftigen Bagatelisierung durchaus einverstanden. Sie entnimmt dem Inhalt des nun eigentlich überflüssig gewordenen Gutachtens des Reichswirtschaftsrates die „Bestätigung, daß die Reichsregierung vielleicht (!) nicht ohne sachliche Gründe schon vor dem Empfang des vom Reichswirtschaftsrat angeforderten Materials die Notverordnung herausgebracht hat.“ Das ist Gallimathias, denn „vielleicht“ hat die Regierung immer „sachliche Gründe“ sich über den Rat des Sachverständigenparlamentes hinwegzusetzen, wenn dieses zu anderen Anschauungen kommt, als die Regierung wünscht. Es fragt sich nur, was bei diesem Spiel aus dem Reichswirtschaftsrat werden soll und wer außer den Interessenten die Gründe der Regierung als sachlich anerkennt.

Selbst wenn man zugeben will, daß die Bestimmungen der Notverordnung über Ausverkaufswesen, Zugabefrage und Schiedsgerichte nicht nur im Interesse des mittelständischen und noch kleineren Einzelhandels liegen, sondern auch die Interessen der Käufer schützen, so kann man doch nur dem Reichswirtschaftsrat zustimmen, wenn seine Mehrheit der Meinung Ausdruck gibt, daß es andere Mittel gebe, den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Betriebsformen des Einzelhandels in gesunde Bahnen zu lenken, als die zweijährige Gründungssperre für Einheitspreisgeschäfte durch die Notverordnung. Die Mehrheit des Reichswirtschaftsrates empfiehlt dem Einzelhandel Selbsthilfe durch Zusammenarbeit mit dem Großhandel und den Einkaufsgenossenschaften.

Selbsthilfe durch Arbeit und Solidarität sind aber Dinge, die gerade dem kleinen und kleinsten Geschäftsmann in der Regel nicht liegen. Deshalb wüten sie auch gegen die Selbsthilfe der Arbeiter, gegen die Konjungenenossenschaften. Jeder, der heute einige tausend Mark in die Hand bekommt, mietet einen Laden, kauft oder pumpst sich eine Handvoll Lebensmittel oder Gebrauchsgegenstände und glaubt damit das Recht erworben zu haben, von den nächstwohnenden zehn Proletarierfamilien erhalten zu werden. Und wenn diese nun zufällig Genossenschaftler sind und ihren Bedarf im Konsum decken, so empfindet das der neue Einzelhändler als Angriff auf seine Existenz. Deshalb auch jetzt das Geschrei gegen die Forderung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine an die Regierung, den notleidenden Konsumvereinen aus dem Aufkommen der Sonderumsatzsteuer für Einzelhandels-Großbetriebe Mittel zur Verfügung zu stellen. Die ganze bürgerliche Presse heult mit und selbst die „Frankfurter Zeitung“ spricht mit Bedenken von Subventionen. Gegen eine gleichzeitig erhobene Forderung einer Mittelstandsgenossenschaft in Breslau auf Reichshilfe haben die Leute kein Wort des Bedenkens.

Der sogenannte Mittelstand ist eben unerfättlich. Nachdem durch die Verordnung die Gründung neuer Einheitspreisgeschäfte in Orten bis zu 100 000 Einwohnern auf zwei Jahre untersagt ist, verlangen die Wortführer der Mittelstandsretter die Ausdehnung des Verbots auf alle Städte. Darüber hinaus stellen die Kleinhändler gar das Anstinnen, die Errichtung neuer Geschäfte überhaupt zu verbieten. Das Ganze nennt sich dann freier Handel — wenigstens stellen diese Kreise sehr viele Schreier, die das „System“ anklagen, die Wirtschaft in Fesseln geschlagen zu haben.

Wir haben Verständnis und Achtung für die Leute, die das Letzte zusammenraffen und sich durch einen kleinen Handel vor dem Untergang retten wollen. Sie sind ja in Wirklichkeit Proletarier, Fleisch von unserem Fleisch. Wenn sie das aber vergessen und auf Kosten der noch ärmeren Verbraucher nach einem kampf- und sorgenlosen Leben streben, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Arbeiter ihren Bedarf im Konsum decken. Die neuen hämischen und verlogenen Angriffe auf die Konsumvereine zwingt die Arbeiter zur Selbsthilfe, zwingt sie in die Konsumvereine.

C. L.

## Unsere Jugend

### Fahrpreisermäßigung für Jugendgruppen

Seit langem haben die deutschen Jugendverbände bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine Herabsetzung der Mindestteilnehmerzahl gefordert. Bisher mußte eine Jugendgruppe, die die Fahrpreisermäßigung in Anspruch nehmen wollte, mindestens zehn Personen zählen. Die Reichsbahn hat nunmehr mit Wirkung vom 20. April 1932 gegen jederzeitigen Widerruf, längstens bis zum 31. Dezember 1932, als neue Ausführungsbestimmung zur Fahrpreisermäßigung für Jugendpflege folgendes festgesetzt:

1. Der halbe Fahrpreis ist Jugendgruppen von 6 Personen an zu gewähren.

2. Zugelassen mit gleicher Ermäßigung ist für fünf bis neun Jugendliche ein Führer und für je weitere neun Jugendliche, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist, noch ein Führer.

Es können also bereits Gruppen von fünf Jugendlichen (unter 20 Jahren) und einem Führer die 50proz. Fahrpreisermäßigung in Anspruch nehmen. Der Reichsbahn aber ist heute schon zu sagen, daß diese begrüßenswerte Einrichtung mit dem 31. Dezember 1932 nicht ablaufen darf, sondern Dauerzustand werden muß.

### Jugend und Politik

Das Problem „Jugend und Politik“ ist heute aktuell geworden. Selbst das Reichsinnenministerium hat sich in letzter Zeit mit dieser Frage beschäftigt. Und so ertönte der Ruf des Herrn Groener: „Hände weg von der Jugend!“ Sind wir als Gewerkschafter derselben Meinung wie Herr Groener? Hier müssen wir ihm ein entschiedenes Nein entgegenhalten. Selbst wenn die politischen Parteien dem Wunsche des Herrn Groener folgten, und sich nicht mehr um die Jugend kümmern, würde damit die politische Beeinflussung der Jugend aufhören? Werden die Kinder nicht schon in der Schule politisch beeinflusst? Lesen wir doch einmal in den Geschichtsbüchern nach, so schaudert es uns, was in ihnen noch für ein Geist steckt. Es gibt Leute, die der Meinung sind, daß das herabgesetzte Wahlalter schuld ist an der Politisierung der Jugend. Es ist merkwürdig, daß dies zumeist Leute sind, die vorher schon Gegner des jetzigen Wahlsystems waren. Nicht das Wahlrecht ist es, das die Jugend politisiert, sondern die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage.

Die Millionen-Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine statistische Angelegenheit, sondern bringt Not und wirtschaftliche Unsicherheit für alle. Muß sich nicht der Dierzehnjährige, wenn er keine Lehrstelle bekommt, oder der Siebzehnjährige, wenn er mit Beendigung seiner Lehrzeit auf die Straße geworfen wird, Gedanken darüber machen, warum ihm dieses Unrecht geschieht? Hier kann man der Jugend nichts von „echter Menschlichkeit“ erzählen, wenn sie hunger im Magen verspürt.

Was heißt nun politische Erziehung der Jugend? Niemand wird der Meinung sein, daß die blutrünstigen und phrasenhaften Flugblätter der Nazis geeignete Jugendliteratur sind. Ist etwa der Graf Hellborn das Musterbild eines unpolitischen Jugenderziehers? Oder ist es etwa der Hauptmann Röhm, der arische Sittenjünger? Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir der Meinung sind, daß Herr Groener es nur auf die proletarische Jugendbewegung abgesehen hat; denn er macht doch beide Augen zu, wenn die Hitler-Jugend ihre Feldübungen und Kriegsspielerien veranstaltet. In demselben Augenblick, als sich Herr Groener an die Parteien wandte, gab er die Reichswehr für Hitlers Privatarmee frei, während man Republikaner abweist. Wir möchten dem Herrn Groener nur sagen, daß politisches Rowdium nichts mit politischer Erziehung der Jugend zu tun hat. Groener sollte lieber sein Augenmerk auf Braunschweig richten, wo täglich jugendliche Landsknechte friedliche Bürger und Frauen mit ihren Rohheiten nicht verschonen. Aufgabe der Gewerkschaften und der SPD, gemeinsam mit der FGJ. und SAJ., wird es sein, jetzt um so mehr die Jugend politisch zu erziehen und zu schulen. Nicht organisierte Ueberfälle, sondern logisches Denken muß der Jugend gelehrt werden. Schützt die Jugend vor politischem Mißbrauch, durch gründliche politische Erziehung macht sie zu Kämpfern für den Sozialismus.

P. W.

### Sorgt für Nachwuchs!

Zehntausende von Schulklassen sind im April neu in die Betriebe eingetreten. Nehmt euch ihrer an. Macht ihnen klar, daß sie schon als Jungarbeiter in die Front der klassenbewußten Arbeiter, in die Gewerkschaften gehören.

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 19

Berlin, den 7. Mai 1932

3. Jahrgang

## Die Gemeinden vor dem Zusammenbruch

750 000 000 M. Fehlbetrag der Städte

Von Oberbürgermeister R e u t e r, Magdeburg

**S**eit Jahren kämpfen wir in Deutschland verzweifelt um die Sanierung der öffentlichen Finanzen. Die ungeheure Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens hat sich in Deutschland zuerst in dem Verfall und in den steigenden Schwierigkeiten der Haushalte des Reiches, der Länder und der Gemeinden gezeigt. Schon 1929 haben die politischen und sozialen Kämpfe, die aus diesen Schwierigkeiten erwachsen, begonnen und haben dann in immer steigendem Maße das ganze öffentliche Leben erfüllt. Alle Notverordnungen der Reichsregierung und die ihnen folgenden Maßnahmen der Länder und Gemeinden sind fast ausschließlich aus der Notwendigkeit hervorgegangen, Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Wirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen. Im Verlauf dieser Kämpfe hat sich manche bemerkenswerte Wandlung des öffentlichen Werturteils vollzogen. Wenn auch die Aufgabe noch nicht endgültig gelöst ist, so haben doch die überall mit großer Energie einsetzenden Bemühungen wenigstens den einen Erfolg gehabt, daß ein Abflauen, das zur Katastrophe hätte führen müssen, verhindert worden ist. An den Schwierigkeiten, die andere Länder bei der Lösung der gleichen Aufgabe zu überwinden haben, trotzdem sie reich und glücklicher sind als wir und über bedeutend höhere Reserven verfügen, kann man heute schon ersehen, daß in den letzten Jahren eine gewaltige und nicht ganz vergessliche Arbeit in Deutschland geleistet worden ist, die um so höher zu bewerten ist, als sie verhältnismäßig früh eingesetzt hatte. Amerika mit seinem phantastischen Milliardendefizit fängt erst jetzt an, die Notwendigkeit und die Größe dieser Aufgabe zu erkennen und setzt zu ihrer Lösung seine Bevölkerung unter einen Steuerdruck von bisher unvorstellbarem Ausmaß. Auch Frankreich wird nach den Kammerwahlen nicht umhin können, eine erhebliche Wendung in seiner inneren Finanzpolitik vorzunehmen.

In Deutschland ist die Lösung des Problems nicht unerheblich durch die historisch überkommene und auch nicht kurzerhand zu beseitigende Teilung der staatlichen Funktionen zwischen Reich und Ländern erschwert worden. Die Hemmnisse für die Lösung sind noch größer geworden, weil bei dem Dualismus dieser beiden Träger der Staatsgewalt die Gemeinden, deren wirtschaftliche und soziale Funktionen im öffentlichen Organismus zwar rechtlich erst an letzter Stelle, ihrer Bedeutung und ihrem Umfang nach aber an erster Stelle stehen, regelmäßig zu kurz gekommen sind. Auf ihren Schultern hat in steigendem Maße die gewaltige Aufgabe gelegen, das Millionenheer der Erwerbslosen zu betreuen und die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gefahrenquellen, die aus einer mangelhaften Lösung dieser Aufgabe erwachsen könnten, einigermaßen zu beseitigen. Es hat vor Jahren in Deutschland zum guten Ton gehört, ganz allgemein von einer Mißwirtschaft in den Gemeinden zu sprechen. Es vollzieht sich offensichtlich in der ganzen öffentlichen Meinung demgegenüber ein bemerkenswerter Wandel der Auffassung. Selbst in ganz rechtsstehenden Zeitungen kann man heute gelegentlich das Zugeständnis lesen, daß mindestens die derzeitigen Schwierigkeiten, in denen sich die Gemeinden befinden, nicht aus früheren Fehlern allein erklärt werden können. Tatsächlich haben auch die Gemeindehaushalte eine ungeheure Elastizität bewiesen und es verstanden, durch rücksichtslose Sparmaßnahmen, durch Einschränkungen an allen Ecken und Enden ein gut Teil dazu beizutragen, daß die früher kaum als lösbar gehaltene Aufgabe, beinahe 6 Millionen Erwerbslose in einer Zeit schwersten politischen Kampfes durch

den Winter hindurchzubringen, wenigstens in diesem Jahre bewältigt worden ist. Aber man darf sich, wenn man eine Aufgabe lösen will, auch über ihre Größe keinen Illusionen hingeben. Die bisherige Politik der Reichs- und Länderregierungen ist systematisch darauf ausgegangen, unbequeme Lasten von den eigenen Schultern abzuwälzen und sie den Gemeinden aufzuerlegen, in der Hoffnung, daß sie so oder so notgedrungen und irgendwie mit der ihnen gestellten Aufgabe fertig werden würden. Diese Politik wird nicht mehr fortgeführt werden können. Es wird heute von niemand mehr bestritten, daß die neuere Entwicklung den Gemeinden Aufgaben auferlegt hat, die sie nicht mehr lösen können. Schon aus dem Jahre 1930 haben die Gemeinden ein Defizit von mehreren hundert Millionen Mark übernehmen müssen. Im Jahre 1931 gibt es nur ganz wenige Großstädte, die noch in der Lage sind, ihre Haushalte annähernd zum Ausgleich zu bringen, und in den meisten, namentlich in den norddeutschen Großstädten haben die Fehlbeträge ein phantastisches und früher nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Die Erhebungen des Deutschen Städtetages für das Etatsjahr 1932 führen nach dem augenblicklichen Stande zu einer Schätzung des voraussichtlichen Fehlbetrages der Gemeindegewirtschaft im Jahre 1932 in Höhe von nicht weniger als 750 Millionen Mark. Bei einer solchen Größenordnung hören die Zahlen auf, ein Sonderproblem einzelner Gemeinden zu werden, die Zahlen werden jetzt ein Problem der gesamten Reichspolitik und

es muß vom Reich erwartet werden, daß jetzt endlich Maßnahmen getroffen werden, um nicht nur die Etats des Reichs und der Länder, sondern auch die der Gemeinden ins Gleichgewicht zu bringen, oder, besser gesagt, den Gemeinden selber die Möglichkeit zu geben, unter geordneten Finanzverhältnissen zu wirtschaften.

Es wird nicht mehr bestritten, daß das zentrale Problem der Gemeindegewirtschaft heute die Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist. Gesetzgeberische und verwaltungstechnische Maßnahmen des Reichs haben dazu geführt, daß in steigendem Maße die für die Unterstützung der Arbeitslosen aufzubringenden Summen kurzerhand auf die Gemeinden abgewälzt worden sind. In der Stadt Magdeburg wurden am 1. Januar 1929 von der Arbeitslosenversicherung 8614 Unterstützungsempfänger, von der Krisenversicherung 1433 Unterstützungsempfänger erfaßt, die Gemeinde selber betreute 2918 Wohlfahrtserwerbslose. Am 1. April 1932 erfaßte in Magdeburg die Arbeitslosenversicherung 8436, also weniger als vor drei Jahren, in der Krisenunterstützung standen 10 000 Unterstützungsempfänger, die Gemeinde selber betreute 15 770 Wohlfahrtserwerbslose. Bei einer solchen Entwicklung gibt es für das Jahr 1932 überhaupt keine Großstadt mehr, die imstande ist, ihren Etat aufrechtzuerhalten. Die Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen gehen weit über die Beträge hinaus, die durch alle mit Gewalt erzwungenen Sparmaßnahmen erübrigt werden können, um so mehr, als ja gleichzeitig alle eigenen Einnahmen der Gemeinden zurückgehen und noch viel stärker die Steuerüberweisungen des Reichs rückläufige Tendenzen aufweisen.

Diesen Zahlen und dieser Entwicklung gegenüber kann es keine Vogel-Strauß-Politik mehr geben.

Daß die maßgebenden Stellen im Reich diese Entwicklung so lange ruhig angesehen haben, und daß auch die Öffentlichkeit nur zögernd und allmählich ihre Auffassung über die Bedürfnisse der Gemeinden geändert hat, beruht nicht zum wenigsten darauf, daß die verhängnisvollen Auswirkungen dieser Lastenerhebungen

auf die Gemeindegewirtschaft erst ganz allmählich öffentlich in Erscheinung treten. Der Verfall der Finanzen einzelner Gemeinden äußert sich nicht in gleicher Form wie der Zusammenbruch eines privaten Unternehmens.

Immerhin kann recht bald eine Situation entstehen, bei der ähnlich wie bei der großen Bankenkrise im Juli des vergangenen Jahres ein zu spätes Eingreifen unendlich viel größere Opfer erfordert, als eine rechtzeitige und vorausschauende Hilfe. Die gemeindeseindlichen Sentiments, die lange Zeit die öffentliche Meinung beherrscht haben, wirken in der sträflichen Vernachlässigung dieses Problems, das immer mehr zum zentralen Problem der deutschen Finanzpolitik wird, immer noch in einer unverantwortlichen Weise nach. Dabei besteht nicht die geringste Veranlassung, an sich den Kredit der Gemeindegewirtschaft geringer einzuschätzen als den der privaten Wirtschaft, die kaum noch das

moralische Recht für sich in Anspruch nehmen kann, als Lehrer und Erzieher für die öffentliche Hand aufzutreten.

Auch wenn durch eine neue reichsgesetzliche Regelung die Finanzierung der Erwerbslosenlasten für die Gemeinden auf eine andere Grundlage gestellt sein wird, bleiben genug Schwierigkeiten übrig, deren Ueberwindung und endgültige Lösung die Arbeit von Jahren in Anspruch nehmen wird. Aber das ist sicher, ohne die Lösung dieser Aufgabe wird die ganze bisher geleistete Arbeit vergeblich sein, alle Ansätze und Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft, wie auch alle Versuche, die internationale Stellung Deutschlands bei den Verhandlungen um die Abrüstung und die Reparationsfragen neu zu befestigen, würden zum Scheitern verurteilt sein. Die Reichsregierung ist über alle die Fragen genau unterrichtet, sie wird endlich handeln müssen. („Sächs. Volksblatt.“)

## Kongress des Norwegischen Gemeindearbeiterverbandes

Derundzwanzig Stunden ununterbrochener Fahrt im Schnellzug — es ist ein weiter Weg von Berlin nach Oslo. Dabei kommt der Zug zweimal auf einem Fährschiff übers Meer und man braucht den Wagen nicht zu verlassen. In Schweden und dann in Norwegen fährt der Zug immer auf eingleisiger Strecke! Durch endlose Tannenwälder, magere Felder, an Seen und Sümpfen vorbei, die mit Felsen übersät sind und zwischen denen die vereinzelt, aus Holz gebauten, rot angestrichenen Gehöfte liegen.

Der Norwegische Gemeindearbeiterverband hielt seinen Verbandstag ab. Wenn man ihm zum erstenmal beigewohnt hat, ist man gespannt, was er an Neuem und im Vergleich mit den Kongressen der anderen Verbände Eigenartiges bietet. Der Verband selbst ist nicht groß. Er zählt rund 10 000 Mitglieder. Aber sein Organisationsgebiet erstreckt er zu beinahe 100 Proz. Die Bevölkerung des Landes beläuft sich auf nicht ganz drei Millionen, die zum geringsten Teil in Städten wohnen.

Der Kongress fand im Volkshaus statt. Als wir in die Dorchalle zum großen Saal kamen, fanden wir auf dem steinernen Boden ein großes schwarzes Hakenkreuz auf weißem Grund als Dekoration. Die Norweger können gewiß nichts dafür, daß dieses uralte Zeichen des Lebens in Deutschland von den Nazis mißbraucht wird. Die Tagung begann am 20. April. Wie lange sie dauern sollte, stand nicht von vornherein fest. Man rechnete mit 8 bis 10 Tagen! Nun war die Tagesordnung gewiß recht ausgedehnt. Aber hinzu kommt, daß zu jedem Punkt sich erstaunlich viel Redner meldeten. Die sonst als schweigend bekannten Norweger waren es auf dem Kongress sicherlich nicht. Zu dem Punkt „Wirtschaftskrise“ sprachen etwa 30 Redner. Davon einige zweimal. Anwesend waren fast 200 Delegierte aus 167 Abteilungen, darunter auch einige Frauen. Davon stellten die 31 Abteilungen von Oslo allein 66 Vertreter.

Für die Tagung wurde eine besondere Leitung gewählt. Nach den verschiedenen Begrüßungsansprachen begann man die Kongressarbeit mit der Behandlung des Geschäftsberichts. Hierzu lagen nun vier gedruckte Jahresberichte je für 1928, 1929, 1930, 1931 und vier Kassenberichte vor. Man begnügte sich nicht damit, auf sie hinzuweisen, sondern der Kongressvorsitzende mußte sie durchlesen, d. h., er blätterte sie Seite für Seite durch, nannte die Kapitelüberschriften und wenn niemand eine Bemerkung zu machen hatte, erklärte er das Kapitel für angenommen. Auf diese Weise ging die Behandlung der Berichte recht schnell vonstatten. In ähnlicher Weise verfuhr man auch mit den vier Kassenberichten. Der Kassierer las jede einzelne Zahl der langen Aufstellungen vor.

Auch die politische Seite der Arbeiterbewegung erweckte unser Interesse. Auf dem vorigen Kongress war noch ein erheblicher Prozentjah Kommunisten unter den Delegierten. Diesmal schien er auf einige wenige Vertreter zusammengeschnitten. Diese nun fanden einiges daran auszusetzen, daß der Verband an die Norwegische Arbeiterpartei einen zu hohen Wahlbeitrag gezahlt habe. Wohl gemerkt, man war nicht gegen diesen Beitrag überhaupt, nur seine Höhe bemängelte man. Aber die Mehrheit gab dem Vorstand recht, der darlegte, am Ausgang der Gemeindegewahlen seien die Gemeindearbeiter insbesondere interessiert.

Die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften sind, wie in allen nordischen Ländern, sehr eng. Die Gesamtheit steht weit links, etwa auf dem Boden der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Die Partei ist der Zweiten Internationale nicht angeschlossen, ebensowenig der Gewerkschaftsbund dem IGB. Aber die Anzeichen mehren sich, daß der Anschluß nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Die Partei hat im Reichstag von

150 Abgeordneten 48, in der Hauptstadt verlor man im letzten Jahre die kommunale Mehrheit durch den Verlust eines Mandats. Die wenigen Kommunisten machen zwar mit ihrem Mundwerk, so wie anderwärts, auch viel Lärm, aber sonst sind sie einflußlos.

Eine andere interessante Einzelheit enthielt der Kassenbericht, nämlich, daß der Verband, der neben dem Pflichtbeitrag an den Gewerkschaftsbund noch einen Extrabeitrag von 80 000 Kronen für die Ausgesperrten des vorigen Jahres an den Bund zahlen mußte, dem Bund noch ein Darlehen von 300 000 Kronen für jenen Riesenkampf von 1931 geliehen hat, und daß unser schwedischer Bruderverband auch ein Darlehen von 200 000 Kronen gegeben hat.

Die wichtigste Frage des Kongresses war das Problem der Arbeitslosigkeit, die die nordischen Länder trotz ihres Wohlstandes heimsucht wie uns in Deutschland, freilich nicht in dem gleichen Ausmaße. Nach lebhafter Debatte nahm man die Forderung der

### 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich

an. Ein interessantes Problem hing mit dieser Frage zusammen. In Norwegen bilden sich infolge der Arbeitslosigkeit Dinge heraus, die an mittelalterliches Zünflertum oder an die amerikanischen Gewerkschaften erinnern, die den Zutritt zur Organisation nicht jedem gewähren, der im Beruf beschäftigt ist. In der Debatte sprach man von „Trustgewerkschaften“, „geschlossenen Verbänden“. Man versteht darunter Bestrebungen, die nur dann einen Arbeitsplatz einem Nichtverbandsmitglied zugestehen, wenn im Verband keine Arbeitslosen mehr vorhanden sind. Dadurch ist der Uebertritt aus einem Beruf in einen anderen unterbunden. Das enge Berufsinteresse ist ausschlaggebend. Dadurch wird aber die Klassen солидарität der Arbeiterschaft gefährdet. Gewerkschaftsbund und unser Verband lehnen das ab, was der Verbandstag bekräftigte.

Die ausländischen Delegierten konnten dem langen Verbandstag nicht bis zum Ende beiwohnen. Die aus Deutschland gekommen waren, riefen die Landtagswahlen zurück.

Da Ivin Hartig.

## Aus unserer Bewegung

Bremerhaven. Am 2. Mai 1907 wurde die Ortsgruppe Bremerhaven des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes gegründet. 25 Jahre unermüdblicher Arbeit haben die Ortsgruppe zu einem beachtlichen Faktor im Gewerkschafts- und Wirtschaftsleben der Unterweser gemacht. Trotz aller Anfeindungen und trotz der schweren Krisen hat die jetzt im Gesamt-Verband zusammengeschlossene Gruppe nichts an Größe und Stärke eingebüßt, an Bedeutung aber um vieles gewonnen. Aus 1000 Gemeinde- und Staatsarbeitern sind örtlich über 5000 Arbeitnehmer aller Berufsgruppen geworden. Wenn mancher Kollege resigniert den Kopf hängen läßt, so sollen sich alle diese ein Beispiel an den noch lebenden Gründern der Ortsverwaltung Bremerhaven des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes nehmen. Es sind dies die Kollegen Wilhelm Hohn, Johann Böhnke, Johann Moormann, Wilhelm Conrad, Paul Rutkowski, Johann Gräwe, Fritz Tuchlinski und Karl Sommer, welche (mit Ausnahme des Kollegen Hohn) gleichzeitig ihr 25jähriges Verbandsjubiläum begehen. Kollege Hohn war vorher bereits 12 Jahre Mitglied des Hafenarbeiter-Verbandes. Unermüdblich sind diese Kollegen auch heute für ihre Fachgruppe tätig und fehlen nie, wenn es heißt: Für den Verband, für die Befreiung der Arbeiterklasse, für ein besseres Los der Lebenden und späteren Generationen.

## Reichs- und Staatsarbeiter

Zwei Verfügungen des Reichsfinanzministers über zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter, abgedruckt im Reichsbesoldungsblatt Nr. 5:

Nr. 2028. Auf Grund des § 57 der Satzung der Zusatzversicherungsanstalt des Reiches und der Länder ist dem § 37 der Satzung folgender Absatz 3 anzufügen:

„3. Würde auf Grund der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 die Zusatzrente der Versicherten der Versicherungsklasse 1 unter 200 Mk. jährlich, Versicherungsklasse 2 unter 240 Mk. jährlich, Versicherungsklasse 3 unter 280 Mk. jährlich, Versicherungsklasse 4 und darüber unter 300 Mk. jährlich zu kürzen sein, so unterbleibt, wenn der Berechtigte mindestens 10 Mitgliedschaftsjahre aufweisen kann, die Kürzung unter diese Beträge. Die Zusatzrente darf jedoch zusammen mit den Renten aus der Sozialversicherung 80 Proz. des rechnungsmäßigen Einkommens nicht überschreiten.“

Diese Bestimmung gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab.

Nr. 2029. Auf Grund des § 62 der Satzung der Zusatzversicherungsanstalt des Reiches und der Länder werden zu § 37 Abs. 1 der Satzung folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

Nr. 1. Zur Ermittlung des rechnungsmäßigen Einkommens im Sinne des § 37 Abs. 1 ist die Beitragsklasse zugrunde zu legen, der der Berechtigte bei Beendigung der Beitragsleistung angehört hat. Hat der Berechtigte während der letzten 260 Mitgliedschaftswochen verschiedenen Beitragsklassen angehört, so ist die höchste dieser Beitragsklassen maßgebend, in der mindestens 26 Beiträge entrichtet worden sind. Weniger als 26 Beiträge einer höheren Beitragsklasse sind der Zahl der Beiträge in der nächst niedrigeren Beitragsklasse hinzuzurechnen. — Nr. 2. Bei freiwilligen Mitgliedern gemäß § 28d und e der Satzung sind für die Ermittlung des rechnungsmäßigen Einkommens die Verhältnisse beim letzten Ausscheiden aus der Pflichtmitgliedschaft maßgebend. — Nr. 3. Enthalten die Renten aus der Sozialversicherung Kinderzuschläge oder -zuschläge, so bleiben diese bei der Berechnung des Gesamtbetrages der reichsgerichtlichen Renten bezüglich der Zusatzrente (§ 37 Abs. 1) außer Betracht. — Nr. 4. Vorstehende Ausführungsbestimmungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 1932 in Kraft. Bei Mitgliedern, die vor dem 1. Januar 1932 aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden sind, sind die Renten mit Wirkung vom 1. Januar 1932 gegebenenfalls neu festzusetzen.

Geschäftsbericht der Zusatzversicherungsanstalt des Reiches und der Länder für 1931. Die Zusatzversicherungsanstalt des Reiches und der Länder hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1931 veröffentlicht. In der Mitgliederbewegung ist eine Zunahme um 849 zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 58 259. Auch die Zahl der freiwilligen Mitglieder ist von 128 auf 179 gestiegen. Hierbei ist zu bemerken, daß die Reichsverwaltungen und die bayerische und mecklenburgische Staatsverwaltung zusammen eine Abnahme der Pflichtmitglieder von 570 aufzuweisen haben. Die Zunahme der Mitglieder ergibt sich aus der Vermehrung der preussischen Pflichtmitglieder um 1142 und der badischen um 277. Die Zunahme der Pflichtmitglieder dürfte im wesentlichen auf die Ausführungsbestimmungen des Reichsministers der Finanzen zu § 26 der Anstaltsatzungen vom 25. Februar 1931 zurückzuführen sein, durch die der Begriff der dauernden Beschäftigung im Sinne der gesamten Bestimmungen näher erläutert wird. — Die auffallend geringe Zunahme der freiwilligen Mitglieder dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Versicherten sich noch immer nicht der Vorteile bewußt sind, die die Aufrechterhaltung der Versicherung für sie bedeutet, insbesondere dann, wenn sie Nachversicherungswarnter auf laufende Unterstützung sind und beim Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis einschließlich der Erlasszeit 10 oder mehr Mitgliedsjahre aufzuweisen haben. — Außerordentlich stark in Erscheinung treten auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahr die Beitragsrückerstattungsanträge. Nicht weniger als 6530 Beschäftigte erlangten ihre eingezahlten Beiträge wieder zurück. Diese Zahl hat sogar die Zurückerstattungsanträge des Jahres 1930 um rund 1000 überholt. — Die Auswirkungen der nach dem 31. März 1931 erfolgten Lohnkürzungen und die Verteilung der Pflichtmitglieder auf die einzelnen Beitragsklassen treten in dem Bericht noch nicht klar in Erscheinung. Sie werden sich erst in dem Geschäftsjahr 1932 übersehen lassen. Das eine steht schon fest, daß eine starke Abwanderung aus der Beitragsklasse 9 besonders auffällig ist. — Auch das Schiedsgericht trat im abgelaufenen Geschäftsjahr das erstmalig in Funktion und hatte mehrere Streitfälle zu erledigen. Auch die Zunahme der Beschwerden gegen Rentenfestsetzungen, des weiteren die Stellungnahme zu wichtigen Fragen der Satzungenauslegung und die vom Vorstand übernommenen Revisionen und Neufassung der Satzung machten ein häufiges Zusammenkommen des Gesamtvorstandes notwendig. Der Aufsichtsrat hielt im Geschäftsjahr nur eine Tagung ab. — Die Zahl der gewährten Zusatzrenten gegenüber dem vorhergehenden Geschäftsjahr von 30 ist auf 507 erhöht, die Witwenrenten von 1 auf 65 und die Waisenrenten von 0 auf 47. Sterbegeld wurde in 153 Fällen gezahlt. Mit Ausnahme von 2 Zusatzrenten, die durch persönliche Nachversicherung der Anstalt begründet sind, handelt es sich ausschließlich um Pflichtleistungen. Auf Grund der allge-

meinen Nachversicherung der Anwärter auf laufende Unterstützungen nach dem Abkommen vom 25. Februar 1930 nach dem Stand vom 31. Dezember 1931 beträgt der Jahresaufwand für Zusatzrenten 297 833,16 Mk., für Witwenrenten 19 035 Mk. und für Waisenrenten 3760,20 Mk. Der durchschnittliche Jahresbetrag der einzelnen Zusatzrenten betrug 608,28 Mk. Hierbei sind die Kürzungen, die sich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930, vom 5. Juni und 6. Oktober 1931 ergeben, berücksichtigt. Die Kürzung der Renten auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wird sich erst im laufenden Geschäftsjahr auswirken. Die Gesamteinnahme des abgelaufenen Geschäftsjahres aus Eintrittsgeldern und Beiträgen und dem Ertrag des Vermögens haben sich dementsprechend auch ganz erheblich gegenüber dem Vorjahre gesteigert, so daß der Vermögensstand der Kasse 25 164 316,95 Mk. beträgt gegenüber dem Vorjahre von 16 799 152,31 Mk. — Durch die schon angedeutete große Zahl der Rückerstattungsanträge mußte eine Summe von 1 346 950,78 Mk. aufgewandt werden, das sind rund 600 000 Mk. mehr, als dafür im Vorjahre ausgezahlt wurde. Es muß deshalb immer wieder darauf hingewiesen werden, wenn irgend möglich die eingezahlten Beiträge nicht zurückzufordern, weil dadurch bei Wiedereintritt in ein versicherungspflichtiges Verhältnis sehr viel Unannehmlichkeiten erspart bleiben, die durch übereilige Beitragsrückerstattungen sich nachträglich immer bemerkbar machen. — Der Geschäftsbericht zeigt deutlich, daß die Entwicklung der Zusatzversicherungsanstalt des Reiches und der Länder einen sehr günstigen Verlauf nimmt. Die in die Verwaltungskörperschaften von den Versicherten gewählten Kollegen haben mit voller Hingabe im Interesse der Versicherten gearbeitet. — Wir möchten schon jetzt darauf hinweisen, daß die Wahlperiode der in dem Aufsichtsrat und Vorstand tätigen Kollegen mit Ablauf des Jahres ihrem Ende entgegengeht und wir jetzt schon rufen müssen, um den Einfluß auf diese Körperschaften noch mehr zu stärken. Besonders da mit dem Jahre 1933 die Karenzzeit von fünf Jahren für diejenigen abgelaufen ist, die von Anfang an der Kasse angehören, wird es sich für notwendig erweisen, auch eine gründliche Revision der Satzung vorzunehmen.

## Internationale Rundschau

Der schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD.) weist im Jahre 1931 eine Mitgliederzunahme von 2662 auf. Der VPOD. zählte Ende Dezember 1931 18 006 Mitglieder. Ende 1926 zählte der VPOD. 11 886 Mitglieder. Die Zahl der Sektionen ist von 61 auf 101 gestiegen. Der VPOD. besitzt im „Öffentlichen Dienst“ eine journalistisch modern aufgemachte und ungemein schlagkräftige Verbandszeitung, die von Dr. Hans Oprecht redigiert wird. Die Auflage des „Öffentlichen Dienstes“ beträgt heute 16 000. Von den im VPOD. organisierten Personal sind rund 9800 von Gemeinden beschäftigt, 5000 von Kantonen, 900 vom Bund. 317 Mitglieder haben als Arbeitgeber interkantonale Unternehmungen, 528 Mitglieder gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, 564 private Unternehmungen. Der Verband zählte Ende 1931 1104 weibliche Mitglieder. Ungemein mannigfaltig ist das im VPOD. organisierte Personal nach der Beschäftigung im Betriebe. Wir nennen elektrische Werke, Gas- und Wasserwerke, Straßenwesen, Hoch- und Tiefbau, Verwaltung und Gericht, Zeughäuser, Pferderegianstalten, ETH. und Annex-Anstalten, Münzwerkstätte, Krankenanstalten, Irrenanstalten, Straf- und Versorgungsanstalten, Straßenbahnen und Autobus, Schlachthöfe, Sanitätswesen, Friedhofswesen, Garten- und Forstwesen, Feuerwehr, Kehrriechverbrennungsanstalt, Salzgewinnung, Zahntechnik usw. — An Mitgliederbeiträgen hat der VPOD. im Jahre 1931 Fr. 373 605,80 eingenommen. Der Unterstützungsfonds erreichte am 31. Januar 1932 einen Bestand von Fr. 107 640,90. Die im Jahre 1931 neu gegründete Arbeitslosenkasse wies sich am gleichen Datum aus mit Fr. 13 049,40. An Unterstützungen sind seit 1. August 1931 Fr. 4972,20 ausgerichtet worden. Die Sterbekasse des VPOD. hatte am 31. Januar 1932 ein Vermögen von Franken 1 092 966,34. An Sterbegelder wurden ausgerichtet Fr. 86 850,—. Das Gesamtvermögen des Verbandes ist auf Fr. 1 400 987,— angewachsen. — Der VPOD. gehört seit zwei Jahren dem Förderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe als Mitglied an. Im Bericht wird anerkannt, daß damit die Zusammenarbeit mit den übrigen Verbänden des öffentlichen Personals in der Schweiz wesentlich erleichtert worden ist. Ebenso gehört der VPOD. dem schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Dienste an.

# GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

## Ein Schurkenstreich der RGO.

Hungerlohnabkommen für Spargelarbeiterinnen in Weinböhla.

Das „Meißner Tageblatt“ veröffentlichte am 18. März d. J. einen Lohnarif für die Spargelarbeiterinnen von Weinböhla, der einen Spitzenstundenlohn von 24 Pf. vorsieht. Als Arbeitgeber zeichnen Spargelgenossenschaft, Spargelbauverein und Landbund, und für die Arbeitnehmer ein angeblicher „Spargelarbeiterinnenverein“ in Weinböhla.

Tatsächlich ist für die Spargelplantagen schon seit Jahren der von uns getragene Landestarifvertrag für den Erwerbsgartenbau im Freistaat Sachsen zuständig. Der hierzu gehörige Bezirkslohnarif sieht für Arbeiterinnen in Weinböhla einen Stundenlohn von 31 Pf. vor und war bisher für die Saisonarbeit der Spargelstecherinnen noch ein Aufschlag von 5 Pf. je Stunde zwischen den Arbeitgebervereinen und der Gewerkschaft vereinbart. Somit müßten 1932 pro Stunde 36 Pf. gezahlt werden.

Da an der Echtheit des jetzt veröffentlichten neuen Tarifs Zweifel entstanden, erfolgte eine Untersuchung durch unseren Verband, die zu folgenden Feststellungen führte.

1. Ein „Spargelarbeiterinnenverein“ hat bei dem Tarifabschluß gar nicht bestanden. Ein solcher ist von den die Verhandlungen führenden Vertretern der RGO. nur vorgeschlagen worden.

2. Einen Antrag an die Arbeitgeber auf Tarifabschluß haben die Berufsfremden Weinböhlaer Kommunisten und Vertreter der RGO. Friß Richter und Kirbach jun. gestellt und nach einem typischen Kuhhandel den sogenannten „Lohnarif“ im Beisein einiger Arbeiterinnen unterschrieben. Jetzt lehnen nun natürlich die Weinböhlaer Spargelplantagenbesitzer Verhandlungen über einen ordnungsgemäßen Tarif auf der Grundlage des Gärtnerarifes und einen Aufschlag ab, indem sie auf ihren „Tarifabschluß“ mit der RGO. verweisen, der für sie nicht günstiger sein konnte, beträgt doch danach der Lohn einer Arbeitsstunde schon 12 Pf. weniger.

Das also sind die praktischen Leistungen der „revolutionären“ RGO. Nicht nur, daß sie in organisatorischer Beziehung die wirklichen Kampferbände der Arbeiterschaft hemmen durch ihre verantwortlichen Hehereien inmitten der Arbeitermassen, ihre Mitgliederreihen zu lichten und das Vertrauen der Mitgliedschaften zu ihren Führern zu untergraben suchen, betätigen sie sich nun auch nach den Methoden der „Gelben“, stoßen durch hinterlistige Abkommen mit den Unternehmern ihre vergifteten Dolche denselben Arbeitern und Arbeiterinnen in den Rücken, denen sie vorher ihre lügnerrischen Phrasen von der „Einheitsfront“ vordekammierten. Sie schwindeln von hundert und einem Streik, die sie im November und Dezember „siegreich gegen Lohnabbau“ geführt hätten und setzen in einem gräßlichen Zusammenklirren von Hinterlist und Niedertracht die schon jammervoll niedrigen Löhne von 120 Spargelarbeiterinnen um 12 Pf. je Stunde gegenüber den Tariffähigen der Gewerkschaft herab. — Das sind fürwahr ganz erbärmliche Schurkenstreiche, die bei unseren Kolleginnen abgrundtiefe Verachtung auslösen werden.

## Öffentliche Hand arbeitet billiger als private Betriebe

Da das Geschrei über die „teuren Arbeiten“ der städtischen Gartenämter noch immer nicht zur Ruhe kommen will, trotz aller Aufklärung, sei ein sprechendes Beispiel dazu beigetragen.

Die Dichtungsarbeiten im Engelbecken zu Berlin, einem zu Grünanlagen umgestalteten ehemaligen Kanal, waren Arbeiten von ganz besonderer Schwierigkeit und hoher Verantwortung für den Bauleiter. Für diese Anlage mußte Ton von unbedingt sicherer Wasserundurchlässigkeit beschafft werden.

Die Einbringung dieses Materials, das durchstampt und breit an Ort und Stelle in mindestens 15 Zentimeter Stärke aufgebracht werden mußte, bedurfte peinlichster Behandlung.

Wegen der Schwierigkeit der Arbeit und der damit verbundenen Verantwortung wurden drei bedeutende Firmen aufgefordert, Preisangebote für die vollkommene Dichtung des Engelbeckens abzugeben. Für die Ausführung der Arbeit wurden verlangt: 41 000 Mk., 95 000 Mk. und 109 500 Mk.!! —

Wo liegt die Erklärung für derartige Preisspannen. Die Beurteilung des erstgenannten Angebots liegt auf

der Hand; die Folgen bei einer Vergabung der Arbeit an die betreffende Firma waren ohne weiteres vorauszusehen. Nun hat das städtische Gartenamt mit Wohlfahrtserverswerbslosen, über deren Leistungswilligkeit und Fähigkeiten im allgemeinen gewiß keine hohe Meinung herrscht, die Arbeiten ausgeführt und das Engelbecken ist mit 67 400 Mk. einschließlich aller Materialien einwandfrei gedichtet worden und erfreut mit seinen Springstrahlen und sonstigen Anlagen alt und jung einer dichtbewohnten Gegend Alt-Berlins.

Dieses Beispiel ist wieder ein schlagkräftiges Argument gegen das Anrennen der Gartenbauern an die geschmähte „Öffentliche Hand“.

## Berufsausbildung

Bayerische Bauernkammern lassen Vertreter der Arbeitnehmer bei Prüfungen nicht zu. Auf die mehrfachen Anträge unserer Verbandsvertretungen an das bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit, in die gärtnerischen Prüfungsausschüsse auch geeignete Fachleute aus den Kreisen der Arbeitnehmer zu berufen, hat dieses Ministerium am 24. März d. J. endlich einen Bescheid erteilt. Dieser Bescheid lautet wörtlich: „Die Bayerische Landesbauernkammer hat eine Änderung der Bestimmungen über das gärtnerische Lehrlingswesen zunächst abgelehnt. Die Verhandlungen werden jedoch fortgesetzt.“ — Bringt der Wortlaut uns zweifellos eine bittere Enttäuschung, so ist zwischen den Zeilen so etwas wie eine Entschuldigung des Ministeriums zu lesen, den Antragstellern eines so selbstverständlichen Verlangens dessen Ablehnung durch die zuständige Körperschaft mitteilen zu müssen. Aus dem Satz: „Die Verhandlungen werden jedoch fortgesetzt“ darf wohl der Schluß gezogen werden, daß man im Ministerium in dieser Frage schon an derer Meinung ist als die hochwohlblödiere Landesbauernkammer. Es wäre ja auch ganz schlimm, wenn Ministerialräte mit gleich schwerfälligem Denkvermögen ausgestattet wären, wie es für die Mitglieder einer Bauernkammer ja wohl leider Voraussetzung und Bedingung ist. — An diesem Vorgang wird wieder einmal die große Schuld derjenigen gärtnerischen Unternehmervertretung und damit wichtige Entscheidungen über gärtnerische Fragen den Bauern überantwortet haben. Es muß als tragikomischer Vorgang bezeichnet werden, wenn zur selben Zeit, da der preussische Landwirtschaftsminister verfügt (vergleiche „Öffentlicher Dienst“ 1931, Sp. 568), daß Arbeitnehmervertreter aus den wirtschaftlichen Organisationen der Gärtner in die Gärtnerabteilungen der Landwirtschaftskammern und in die Ausschüsse für die Gärtnerlehrlingsprüfungen aufzunehmen sind, die Junst der Gärtnermeister in Bayern sich solche, die ganze Innung lächerlich machende, Beschlüsse von Bauern überhaupt bieten läßt.

Frühjahrsgehilfenprüfung im Freistaat Sachsen. Die Prüfungen der 307 Prüflinge der Erwerbsgärtnererei fanden am 17. Prüfungstagen statt. 22 Baumchullehrlinge wurden an einem Tage von einem besonderen Ausschuss geprüft. Davon bestanden die Prüfung: 4 mit „sehr gut“, 180 mit „gut“, 130 mit „bestanden“; 15 haben nicht bestanden. Beim Vater gelernt haben 13, doch bestanden mit „gut“ nur 6, während die anderen nur eben genügten. Unter den Prüflingen befanden sich zwei weibliche, und der älteste Prüfling war 29 Jahre alt. M. J.

## Blumengeschäfte

Rekorde in der Lehrlingszucht. Von den Herbstprüfungen melden Hamburg 74, Berlin 108 Prüfungen. In Berlin sind allerdings „nur“ 89 tatsächlich geprüft worden, denn 19 Lehrlinge „sind von der Prüfung zurückgetreten“, so beruhigt sich das schlechte Gewissen der Verantwortlichen innerhalb und außerhalb der Prüfungskommission. Die Gründe, warum jene 19 nicht zur Prüfung erschienen, auch die Arbeitnehmer in der Kommission wissen zu lassen, hält man nicht für nötig, dieses und manches andere nennt man „paritätische“ Mitwirkung. Aber man ist sehr stolz, in Berlin sowohl wie in Hamburg, diese Rekorde geschlagen zu haben. „Bedenken Sie, wer te Kollegen, was es heißt, 74 Lehrlinge an einem Tage zu prüfen.“ Das war die „größte“ Lehrlingsprüfung! — Doch die Kehrseite der Medaille? Wir bitten zu vergleichen unsere Uebersicht: „Die Arbeitslosigkeit im Winter 1931/32“: Berlin 212 arbeitslose Binderinnen, Hamburg 68. — In diesen Wochen werden diese Zahlen sich wesentlich erhöhen infolge dieser „größten“ Lehrlingsprüfung. Ja, die Damen und Herren im DDB. haben alle Ursache, stolz auf diese ihre Leistungen zu sein!

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Miquelstraße 14  
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schäffische Straße 42



# STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

## Können wir in absehbarer Zeit zum Sozialismus kommen?

Wenn man sich diese Frage vorlegt, so kann man sie trotz der bestehenden wirren Verhältnisse mit einem überzeugten Ja beantworten. Ein guter Sozialist wird dies sowieso tun. Voraussetzung ist — man braucht es eigentlich kaum zu erwähnen —, daß man diesen von uns angestrebten Endgedanken im Auge behält und sich nicht in Nebensächlichkeiten verliert, wie es vielfach geschieht.

Hierzu trägt ganz erheblich die programmatische Heße der uns feindlich gesinnten Presse bei, von Parteien ausgegeben, die auch Arbeiterparteien sein wollen oder sich doch wenigstens so nennen. Man mag sich an die Panzerkreuzerfrage, an die Außenpolitik, die Colerierung der Brüning-Regierung und vieles andere mehr erinnern; alles dies sind Fragen, die gern und immer wieder zur Agitation verwendet werden. Besser täten wir, nicht alles zu glauben, was uns diese Leute erzählen; ehe wir urteilen, sollten wir ernst prüfen, was überhaupt wahr ist von dem, was man uns dauernd in die Ohren bläst.

Ist es wirklich ein Verbrechen, was die SPD. immer wieder an der Arbeiterschaft begeht, oder bestimmen die momentanen Verhältnisse ihr Handeln? Dabei wollen wir auch an die große Zersplitterung der Arbeiterbewegung denken. Dieser Uebelstand ist bedingt dadurch, daß andere Parteien es immer wieder verstehen, „den Unverstand der Massen“ auszunutzen und einen beträchtlichen Teil durch die unwahrscheinlichsten Märchen zu sich hinüberzuziehen. Ein noch größerer Teil geht so auf Grund verlorengegangenen Vertrauens zu den Indifferenten.

Dem Uebelstand, daß die Masse — die wir unbedingt notwendig haben, wenn wir durchgreifende Maßnahmen ergreifen wollen — hin- und hergezogen wird, müssen wir unbedingt entgegen treten. Aufklärung müssen wir uns schaffen. Wir dürfen nicht immer auf Aufklärung warten, die von außen kommt. Wir müssen heraus aus der Denksaulheit und müssen selbst denken und urteilen lernen! Dazu gehört Schulung. Diese braucht absolut nicht einseitig zu sein. Man besuche Versammlungen und Vorträge, die sich mit Politik und Wirtschaft befassen, nehme einschlägige Literatur zur Hand. Alles dies kann ruhig von verschiedenen Richtungen sein, nur darf man den Fehler nicht begehen, andere Leute für sich denken zu lassen. Kritisch alles hinnehmen, was man hört und liest; in diesem Durcheinander von Meinungen selbst das Richtige und momentan Mögliche herauszufinden suchen — und man wird es finden. Hat sich dann ergeben, daß man zur Erkenntnis der Dinge gekommen ist, so wird man mit Erstaunen feststellen, daß man wieder auf dem Boden der SPD. steht.

Auf eines soll ganz besonders hingewiesen werden: In Gefahrenzeiten — wie die jetzige —, wo der Faschismus uns mit allen Mitteln zu überrennen versucht, hat jede Kritik als Nebensächlichkeit aufzuhören! Da gibt es nichts anderes als zusammenhalten und so lange alle Kritik beiseite lassen, bis die Gefahr beseitigt ist. Es gilt den Faschisten eine eiserne Front entgegen zu stellen. Tun wir das nicht, so ergeht es uns, wie es Italien ergangen ist; auch dort zerriß man sich so lange in Meinungsverschiedenheiten, bis die Gefahr nicht mehr beseitigt werden konnte: Der Generalstreik kam zu spät. Die Arbeiterbewegung wurde vom Faschismus überrannt. Also Augen auf. In Zeiten der Gefahr das Endziel der Bewegung nicht aus den Augen verlieren durch Nörgeleien und Mißverständnisse.

Das Weiterbilden gilt auch auf gewerkschaftlichem Gebiete. Die Arbeit innerhalb unserer Organisation muß unbedingt verstanden werden, wenn es keine Mißverständnisse geben soll. Ein wenig Ueberlegung wird jedem sagen, der es noch nicht weiß, daß die Gewerkschaften das Rückgrat unserer Partei bilden. Je stärker dieses Rückgrat wird, desto bessere Abwehrmöglichkeiten sind der Partei und unserer Organisation gegeben. Zum Ausbau der Organisation gehört Wissen. Dieses Wissen erwerben wir uns durch die bestehenden Bildungsmöglichkeiten. Dadurch erreichen wir, daß ein großer Teil Kollegen mit mehr Mut die Sache der Gewerkschaft versteht, auf Grund des besseren Wissens. Wenn man den Märchenerzählern mit wissenschaftlich begründetem Material entgegentritt, so werden sie bald sehr kleinlaut und räumen das Feld.

Denkt aber nicht nur an euch, sondern rüttelt auch die auf, die noch beiseite stehen. Nehmt sie mit in Versammlungen und Vorträge, sucht sie auch für die Kurse der Organisation zu gewinnen, an denen jeder teilnehmen kann. Ein jeder muß an der

Aufgabe mitarbeiten, um zum Endziel unserer Bewegung zu kommen. Aufraffen müssen wir uns aus der Gleichgültigkeit und herausreißen aus der Denksaulheit und zu Kämpfen werden für unser Ziel! Aber nicht, weil andere es wollen, sondern weil wir einsehen, daß wir es müssen und daß es sich lohnt! Wenn wir einsehen, daß in der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht viel herausgeholt werden kann, man aber trotzdem bestrebt ist, mit allen Mitteln — und seien es auch nicht immer die programmatischen (veränderte Zeiten bedingen veränderte Arbeitsmethoden) — dem Ziele näherzukommen, dann werden die Wunderdoktoren an unserem kranken Wirtschaftskörper isoliert dastehen.

Franz Gerz, Fuhrparkarbeiter, Düsseldorf.

## Weiter werben ist das Gebot der Stunde!

Schwere Tage liegen hinter den Funktionären sowie den Mitgliedern der freigewerkschaftlichen Organisationen und insbesondere des Gesamt-Verbandes. Von äußerst rechts und insbesondere von äußerst links brausten in den Wahlkämpfen, die hinter uns liegen, die Schimpfkanonaden über uns hinweg. „Verräter“, „Sozialfaschisten“, „Beschützer eines sterbenden Systems“ und die endlose Schlagwortserie der von der KPD. Verblendeten mußte man täglich hören. Der Erfolg einer solchen Taktik konnte nicht ausbleiben. Allerdings nur ein Erfolg für die Partei der Todfeinde der Arbeiterschaft, die Nazis. Die Kommunisten erhielten ihre Antwort in dem Stimmenrückgang von ungefähr 300 000 bei der Preußenwahl seit der Reichstagswahl 1930.

Unn sind die Würfel gefallen. Unvernunft, Verbitterung, Derhebung und Verächtlichmachung der Errungenschaften der SPD. und der Gewerkschaften haben wohl dazu geführt, daß ein Stimmenverlust der SPD. eintrat, der nicht allzu tragisch ist. Bedauerlich und in seinen Folgen noch nicht voll übersehbar bleibt die Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Preußen. Sie beschwört Gefahren herauf, die wir nicht unterschätzen dürfen. Der Gewerkschafter der Vorkriegszeit weiß, daß die organisierte Arbeiterschaft noch vieles zu verlieren hat, insbesondere die Staatsarbeiter sowie die Gemeindegewerkschafter. Deshalb ist es Pflicht aller Funktionäre und aller Mitglieder unserer Organisation, mitzuhelfen, daß eine Rechtsmachung der Arbeiterschaft, heraufbeschworen von unverantwortlichen Elementen, verhütet wird. Was politisch durch die Jünger Moskaus taktlos zerschlagen wurde, muß gewerkschaftlich wieder wettgemacht werden. Eine geschlossene, gewerkschaftlich gefestigte Organisation wird auch die schwersten Stürme überstehen. Deshalb ungefümt auf die Schanzen! Stehe jeder seinen Mann! Werben und Kleinarbeit leisten ist das Gebot der Stunde! Mithelfen die Lücken auszufüllen und für Geschlossenheit in unseren Reihen zu sorgen, das ist der Mahnruf, den jedes Mitglied mit seiner ihm zu Gebote stehenden Kraft beherzigen muß. Was wir besitzen, verdanken wir unserer Organisation! Wollt ihr es behalten — dann auf zur Tat! Maulheldentum überläßt den Jüngern der Diktatur. Jeder auf seinen Posten! — Verdoppelt die Kraft! — Dann wird und muß der Erfolg unser sein! A. Brobeck, Bad Kreuznach.

## An die Lauen!

Ihr glaubt, sie reiten nur ihr Stedenpferd,  
Die Nazis, wenn sie Schützengräben bauen.  
Ihr irrt! Es padt sie vor dem Flammenswert  
Des freien Dentens ein gewaltig Grauen!  
Das soll der Glaube an das Dritte Reich zerbrechen.  
Sie wissen, daß ihr Zukunftsplan ist dumm.  
Nur selge Knechte sind von Nazisturck besessen  
Und halten ihren Rücken trumm.  
Vom Knechtchafschaf heiß unzre Herzen glühen;  
Das Freiheitsstreben wird getrönt vom Ruhme.  
Nur auf der Gruft der Nazipest zu blühen  
Bermag die wundervolle Freiheitsblume.  
Erwacht ihr Menschen, die dem Wahn verfallen!  
Erkennt wohin die Reife geht!  
Zerreißt das Joch; schließt euch mit uns zusammen!  
Kämpft mit als Brüder; denn noch ist es nicht zu spät.  
Schon kracht ihr Bau in allen seinen Fugen;  
Denn Lug und Trug war niemals von Bestand.  
Mit uns zum Kampf. Die Banner hoch geboben,  
Und sterbend liegt der Nazispul im Sand!

Ferdinand Simon, Gartenarbeiter, Berlin

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Ein nationalsozialistischer Feme mord wurde in Berlin-Steglitz am 24. April 1932 an dem Nationalsozialisten F r e e d verübt. Die Täter, drei jugendliche Nationalsozialisten, wurden verhaftet.

In Braunschweig wurden durch den Nazi-Minister R l a g g e s alle Mafseiern unter freiem Himmel verboten.

Die deutsche Reichsbank hat mit Wirkung vom 28. April 1932 den Diskontsatz auf 5 Proz. und den Lombardsatz auf 6 Proz. ermäßigt.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt für den Durchschnitt des Monats April 1932 121,7 gegenüber 122,4 im Vormonat. Zurückgegangen sind die Indexziffern für Ernährung um 0,9 Proz. auf 113,4 Proz., für Wohnung 0,1 Proz. auf 121,4 Proz., Heizung und Beleuchtung um 0,5 Proz. auf 135,9 Proz., Bekleidung um 0,7 Proz. auf 118,3 Proz. und für „sonstigen Bedarf“ um 0,1 Proz. auf 166,6 Proz.

In Amerika hat die Zahl der Arbeitslosen nach Mitteilung des Vorsitzenden des amerikanischen Allgemeinen Arbeiterverbandes, die Grenze von 8 Millionen erreicht.

In der Mandchurei sind die japanischen Truppen zu einer neuen Offensivübergegangenen.

In Schanghai wurde während einer großen japanischen Truppenparade von einem Koreaner eine Bombe geworfen, die den japanischen Geandten, den japanischen General Uyeda, den General Schirakawa, den japanischen Generalkonful Marai und den Admiral Komura zum Teil schwer verletzte.

## Aus unserer Bewegung

Dresden. In der Generalversammlung am 27. April 1932 erstattete Kollege Kurpat den Geschäftsbericht, wobei er noch einmal die Geschehnisse seit der denkwürdigen Verschmelzung vor zwei Jahren an dem geistigen Auge der Delegierten vorüberziehen ließ. Kollege Kurpat setzte die innerpolitischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Beziehungen zu den unheilvollen Vorgängen auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik. Auf zwei Wegen wird die Lösung der furchtbaren Weltwirren gesucht. Rechts und links von uns gibt es Bevölkerungskreise, die das Experiment von 1914 nur zu gern wiederholen möchten. Sie glauben über einen neuen Krieg zu einer Neuordnung der Verhältnisse zu kommen. Die Gewerkschaften dagegen stehen auf dem Standpunkt, daß schon der Versuch von 1914 bis 1918, durch einen Krieg die aus der Wirtschaft entstandenen Schwierigkeiten zu lösen, mißglückt ist. Der Krieg hat durch die moderne technische und politische Entwicklung seinen Sinn vollkommen verloren. Es müßten deshalb alle Kräfte zusammengefaßt werden, um auf dem Wege des Friedens eine Lösung der unfagbar verworrenen Lage zu finden. Der Weltkrieg habe nicht die erstrebte Erleichterung, sondern eine außerordentliche Verschärfung der Lage gebracht. Er sei eine Ursache der heutigen Krise, die als Fernwirkung des Krieges bezeichnet werden müßte. Der Weltkrieg führte zur verschärften Weltkrise und nur Weltfrieden könne zu neuer Ordnung und neuem Aufstieg führen. — Von diesen Gedankengängen aus setzte sich Kollege Kurpat mit der Politik der Kommunisten und der anderen Splittierorganisationen auseinander. Er kam dann auf den Krisenkongreß des ADGB, zu sprechen und erörterte Fragen des freiwilligen Arbeitsdienstes und des Krümper-Systems. Auch dem Kampf der Unternehmer gegen die öffentliche Wirtschaft widmete er einige Worte. Ueber den Besuch der Veranstaltungen des Gesamt-Verbandes könne nur Gutes berichtet werden. Die Bildungsveranstaltungen fanden regen Zuspruch. Besonders rühmig zeigt sich immer wieder die Fachgruppe der Altersmitglieder. In die Eiserne Front habe sich der Gesamt-Verband mit allen seinen Kräften eingereiht. Kollege Kurpat behandelte ferner die in der Berichtszeit geführten Lohn- und Tarifverhandlungen, kam auf den sehr umfangreich gewährten Rechtsschutz zu sprechen und erörterte die Mitgliederbewegung des Gesamt-Verbandes. Erst in letzter Zeit sind Verluste zu verzeichnen, die sich aus der schlechten Wirtschaftslage erklären. In neuer und zäher Werbearbeit muß diesem Rückgang entgegengetreten werden. — Den Kassenbericht erstattete der Kollege R i c h t e r. Es wurden im 1. Quartal 174 362,39 Mk. eingenommen. Die Ausgaben beliefen sich auf 180 736,09 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden 29 108,20 Mk. gezahlt. Die Krankenunterstützung belief sich auf 23 697,10 Mk., während die Todesfallunterstützung 6608,75 Mk. betrug. Der Aufwand für Invalidenunterstützung betrug 14 377,90 Mk. Für Bildungsausgaben wurden 2531,91 Mk. zur Auszahlung gebracht. — In der Diskussion wurden Anregungen für die zukünftige Werbearbeit gegeben.

Leipzig. In der Generalversammlung am 27. April 1932 gab Kollege Reder den Tätigkeitsbericht. Der Redner ging zunächst auf die letzte Notverordnung ein, die erneut dem Unternehmertum in bezug auf Abbau der Löhne Rechnung getragen habe und demzufolge eine weitere Senkung der Löhne und Gehälter von 10 Proz. eingetreten sei. Unternehmertum und Regierung wollen mit der Senkung der Löhne und Gehälter die Wirtschaft heben. Dabei zeigt

sich mit aller Deutlichkeit, daß von der Hebung der Wirtschaft keine Rede sein kann, sondern nur die Kaufkraft der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung geschwächt wird. Das beste Beispiel hierfür ist, daß mit jeder Notverordnung eine weitere Steigerung der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen ist, so daß heute das Arbeitslosenheer auf über sechs Millionen gestiegen ist. Neben der Regierung und dem Unternehmertum sind auch die Kommunalverwaltungen bestrebt, das gleiche zu tun. Der Rat der Stadt Leipzig kündigte das Lohnabkommen für das Krankenhauspersonal, obgleich dieses in den letzten elf Monaten einen Lohnabbau von 22 Proz. hat ertragen müssen. Die Forderung des Rats ging dahin, eine weitere Lohnkürzung bis zu 50 Proz. vorzunehmen. Die zum 30. April 1932 abgelaufenen Tarifverträge wurden mit geringer Ausnahme von den Unternehmern gekündigt zu dem ausgesprochenen Zweck, weitere Lohnsenkungen vorzunehmen. Es ist daher dringend notwendig, daß die Arbeiterschaft alle Kräfte anspannt, um diese Bestrebungen zu unterbinden. Am Quartalschluß war ein Mitgliederbestand von 19 181 zu verzeichnen. Im Laufe des Quartals ist ein Rückgang von 1,5 Proz. eingetreten. Erfreulicherweise hat die Zahl der jugendlichen Mitglieder eine Zunahme erfahren. Der Redner richtete einen Appell an die Generalversammlungsdelegierten, in der Werbearbeit für die Organisation nicht zu erlahmen und alles daran zu setzen, daß die Organisation intakt bleibt. Die Zahl der eingegangenen Rechtschutzanträge betrug 115, 43 Fälle wurden von Vorjahren übernommen, so daß insgesamt 158 Fälle zur Erledigung standen. Hiervon wurden 85 Fälle erledigt. Bei den durchgeführten Prozessen sind über die angeblichen Sünder 15 Monate Gefängnis und 336,50 Mk. Geldstrafe verhängt worden. Außerdem wurden Schadenersatzansprüche in Höhe von 18 123,20 Mk. geltend gemacht. Die Ausgaben für Rechtsschutz betrugen 7436,64 Mk. In zahlreichen Fällen wurden von den Mitgliedern auch Vertretungen am Gericht gefordert, weil von ihnen oder ihren Ehefrauen Bestellscheine auf Bücher oder Wirtschaftsgegenstände unterschrieben wurden. Durch eingetretene Arbeitslosigkeit konnten dann die vereinbarten Ratenzahlungen nicht eingehalten werden. Infolgedessen wurden von den Gegnern Prozesse angestrebt und die betreffenden Mitglieder nicht nur zur Zahlung, sondern auch zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Wir fordern unsere Mitglieder daher auf, den Agenten die Tür zu weisen, verlangte Unterschriften abzulehnen; denn nur dadurch können sie sich vor Unannehmlichkeiten schützen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 1. Januar 1932 7909. Neuanmeldungen von Arbeitslosen erfolgten im 1. Quartal 1932 3613, sodaß die Gesamtzahl der Arbeitslosen 11 522 betrug. Offene Stellen wurden 1296 gemeldet, wovon 1251 besetzt wurden. Außerdem erfolgten 178 Rückrufe von Arbeitslosen durch die Unternehmer, so daß insgesamt 1429 Stellen besetzt werden konnten. Bei den am Schluß des Monats März in den Facharbeitsnachweisen vorgenommenen Kontrollen wurden 8171 gezählt. Diese Zahl mit dem Arbeitslosenbestand am 1. Januar 1932 sowie dem Zu- und Abgang verglichen, ergibt, daß 1922 Arbeitslose ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises Stellung gefunden haben oder nach anderen Orten abgereist sind. — Kollege K u n z e gab dann den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen betrugen 385 195,62 Mk. Demgegenüber stand eine Ausgabe von 179 157,09 Mk. Der Hauptkasse wurden in bar und Belegen überwiesen 114 131,54 Mk. Am 1. April 1932 betrug der Kassenbestand 206 038,53 Mk. An Unterstützungen an die Mitglieder wurden gezahlt 97 150,42 Mk. Die Einnahmen aus den Grundbeiträgen betrugen 97 396,40 Mk. Somit sind die Einnahmen der Grundbeiträge fast restlos für Unterstützungszwecke an die Mitglieder zur Auszahlung gelangt. Die „R e n t k a“ erzielte eine Einnahme von 6148,38 Mk., davon wurden der Hauptkasse in bar und Belegen 5230,23 Mk. überwiesen. Der Mitgliederbestand betrug am Quartalschluß 721. Die „F a k u l t a“ hatte eine Einnahme von 5697,40 Mk. zu verzeichnen. Der Hauptkasse wurden überwiesen in bar und Belegen 4842,85 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Quartalschluß 2151. — Zum Schluß referierte noch Kollege Dr. H e r t n e k über „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“.

Magdeburg. In der Generalversammlung am 26. April gab Bezirksleiter M a c h t e n d o r f den Bericht vom außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Berlin. Das Referat löste eine Aussprache aus, in der besonders die Frage der Akkordarbeit und des Lohnausgleichs eine Rolle spielte. Anschließend gab Kollege K u h n e r t den Geschäftsbericht, wobei er die bedauerliche Feststellung machte, daß ohne die Zerplitterung der Arbeiterbewegung die Reaktion nie so weit gekommen wäre wie heute. A G O und Nazijellenbildung sind Sachen, die sich nur zum Schaden der Arbeiterbewegung auswirken. Mit längeren Ausführungen über Lohnbewegungen, Bildungsbestrebungen und außerordentliche Unterstützungsleistungen schloß der Redner seinen Bericht. Den Kassenbericht gab Kollege M a t t e r n, den Revisionsbericht erstattete Kollege Z i m m e r m a n n.

Mannheim. In der Generalversammlung am 24. April 1932 referierte Kollege T r u m p f h e l l e r über „Eine neue Phase gewerkschaftlicher Wirtschaftspolitik“. Dann folgte der Geschäftsbericht des Kollegen S c h w a r z. An beide Referate knüpfte sich eine ausgiebige Diskussion, die auch das Für und Wider der Dierzigstundenswoche behandelte. Referent und Diskussionsredner waren

sich darüber einig, daß alle diese Maßnahmen keine endgültige Lösung bringen können, sondern daß eine solche nur von der Einführung einer planmäßigen Wirtschaft zu erwarten sei. In kurzen Schlüsselworten gingen beide Referenten auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner ein und forderten die Delegierten auf, unausgesetzt für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu werben, damit sie zur gegebenen Zeit ihre Mission für die Arbeiterschaft erfüllen könne.

**Osnabrück.** In der Delegiertenversammlung am 17. April gab Kollege B o l w i n den Geschäftsbericht, in dem er sehr ausführlich die wirtschaftliche Situation der letzten Jahre schilderte. Mitgliederzahl und Kassenvverhältnisse sind stabil geblieben. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Hermann Bolwin, 2. Vorsitzender Paul Wegner, 1. Kassierer Theo Fischer, 1. Schriftführer Gustav Diekmann, 2. Schriftführer August Bohle. — F a c h g r u p p e n l e i t e r: Fachgruppe A Max Kiefer, Fachgruppe B Wilhelm Schmale, Fachgruppe C Fritz Ellenberger, Fachgruppe D Heinrich Hofmeister, Fachgruppe E Adolf Weber, Fachgruppe F Heinrich Hemesath.

## RUNDSCHAU

**Neue Erleichterungen für arbeitslose Rundfunkteilnehmer.** Im Amtsblatt des Reichspostministeriums werden weitere Erleichterungen für die Gebührenbefreiung arbeitsloser Rundfunkteilnehmer veröffentlicht:

1. Die Arbeitslosen oder mit ihnen im selben Haushalt lebende Familienangehörige (Ehegatten, Eltern und Kinder) müssen zur Zeit der Stellung des Antrages auf Gebührenerlaß seit dem 1. Januar 1931 insgesamt mindestens sechs Monate ordnungsmäßige Rundfunkteilnehmer gewesen sein. 2. Als ordnungsmäßiger Rundfunkteilnehmer gilt, wer Inhaber einer Rundfunkgenehmigung ist und die Rundfunkgebühren, die er bestimmungsgemäß zahlen muß, entrichtet hat. Bei Berechnung der sechs Monate, während deren der Arbeitslose oder ein Familienmitglied zur Zeit der Stellung des Antrages ordnungsmäßiger Rundfunkteilnehmer gewesen sein muß, ist der Monat mitzuzählen, in dem die Rundfunkgenehmigungsurkunde ausgehändigt worden ist, auch dann, wenn für den betreffenden Monat keine Rundfunkgebühren erhoben worden sind.

**Wie die Nazis die Krankenkassen schröpfen.** Ueber unerhörte Frechheiten der Nazis, die Krankenkassen zu schröpfen, berichtet die „Schwäbische Tagwacht“ vom 23. April 1932. Dort wird gesagt, daß Leute, die sich Hitlers Privatarmee angliedern wollen, sich einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen müssen. Ein Fragebogen muß ausgefüllt werden, der, angefangen bei der Todesursache der Eltern, bis zur genauen Beschreibung der Rasse alles enthält, was man einen Menschen überhaupt ausfragen kann. Was aber die Hauptsache ist, mit einem Gesamturteil muß sich der Arzt dazu äußern, ob der Untersuchte für den Dienst in der SA., SS. oder HJ. geeignet ist, ob er nur beschränkt geeignet ist oder ob der Bewerber nur zeitlich ungeeignet ist. Diese Kennzeichnungen gleichen den militärischen Untersuchungsbefunden, zumal in den Fragebogen auch noch Raum vorhanden ist für Nachuntersuchungen, Krankheiten und Verletzungen. Daß diese Untersuchungen von nationalsozialistischen Ärzten ausgeführt werden, ist selbstverständlich. Wie weit ihnen Sonderhonore von der Partei zugewiesen werden, soll dahingestellt bleiben. Tatsache ist aber, daß man den SS-Leuten, die sich untersuchen lassen sollten, den Auftrag gegeben hat, sich einen Krankenschein zu beschaffen, und sich bei einem befreundeten Arzt krank zu melden, der nun daraufhin bei der Krankenkasse sein Honorar erheben kann. In dem vorliegenden Falle ist die Frage aufgetaucht, inwieweit der Arzt bei der Ortskrankenkasse Stuttgart Honorar für Konsultation erhoben hat, die gar nicht in der Absicht einer Krankmeldung erfolgte, und ob sogar das Fürsorgeamt Stuttgart die Kosten für solche Untersuchungen zu tragen hatte, soweit sie Ausgesteuerte betrafen. Jedenfalls ist hier festgestellt, daß die Nazis, die nicht genug über (nicht bestehende) Mißwirtschaft in den „sozialdemokratischen“ Krankenkassen zeteren können, gerade die Urheber eines einzigartigen Betrages an der Masse der Versicherten sind. Man muß den Dingen nachgehen und notwendigenfalls die Ärzte, die so verantwortungslos mit den Geldern der Ortskrankenkasse umgehen, aus der Kassenpraxis ausschließen.

**Eine halbe Milliarde Ueberschuß aus den Reichsbetrieben.** Das Statistische Reichsamt hat ermittelt, daß der Nettoüberschuß aus den Reichsbetrieben für den Reichsetat sich im Jahre 1930 auf 509,3 Millionen oder 8,16 Mk. je Kopf der Bevölkerung belief. In dieser Summe liegt eine starke Vermehrung gegen die Vorjahre. So erforderten die Reichsbetriebe im Jahre 1925 noch einen Zuschuß von 98,3 Millionen, weil seinerzeit die Reichsbahn erheblich stärker mit Reparationsverpflichtungen belastet war und weil damals noch eine andere Verrechnung der Einnahmen der Reichspost stattfand. Immerhin hat im Jahre 1930 der genannte Gesamtüberschuß von über einer halben Milliarde mit 6,5 Proz. zur Deckung des Zuschußbedarfs des Reiches beigetragen. — Wenn man die Betriebe des Reiches, die wirtschaftlichen Ueberschuß abwerfen, im einzelnen betrachtet, ergibt sich, daß das Reich aus den ihm eigenen Forsten im Jahre 1930 nur 80 000 Mk. Erlöst hat. Dies

liegt daran, daß der Besitz des Reiches an Forsten im Vergleich zum Forstbesitz der Länder nur gering ist; er betrug zu Anfang 1931 rund 13 400 Hektar. Zumeist handelt es sich hierbei um Reichsforsten, die auf ehemaligen Truppenübungsplätzen der alten Wehrmacht liegen. Die etawirtschaftlich bedeutendsten Verkehrsunternehmungen, die auch den größten Ueberschuß abwerfen, sind Reichspost und Reichsbahn. Im ersten Rechnungsjahre nach Inkrafttreten des Reichspostfinanzgesetzes vom 18. März 1924 ist der gesamte Gewinn der Post ausschließlich für Anlage- und Rücklagezwecke verwendet worden. Auch für 1925 wurde eine gewisse Ablieferung an das Reich erst nachträglich ermöglicht durch Begrenzung der gesetzlichen Rücklage. Infolgedessen erhielt das Reich 1925 aus der Reichspost nur 12,1 Millionen Mark. In den Jahren 1926 und 1927 waren es bereits je 70, im Jahre 1929 schon 120 Millionen, im Jahre 1929 wurde der bisherige Höchstbetrag der Ablieferungen der Post an das Reich mit 151,5 Millionen Mark erreicht. 1930 lieferte die Post 115 Millionen ab. Von der Reichsbahn erhält das Reich seine Einnahmeteiligung auf Grund seines Besitzes an Vorzugs- und Stammaktien. Wenn die Ablieferungen der Reichsbahn, die auf diese Weise zustande kamen, ziffernmäßig weniger bedeutend erscheinen als die der Reichspost, muß das auf die Reparationsbelastung der Reichsbahn zurückgeführt werden. Immerhin bezog das Reich von der Reichsbahn 1926 noch fast drei Millionen, 1927 rund 29 Millionen, 1928 etwa 51 Millionen und 1930 rund 50 Millionen Mark. Im Jahre 1930 hat das Reich von seinen Vorzugsaktien darüber hinaus so viele verwertet, daß sich ein Erlös von 300 Millionen Mark ergab. An Beförderungsteuer entrichtete die Reichsbahn 1930 289,2 Millionen, im Reparationsdienst leistete sie 660 Millionen Mark. Das Reich ist außerdem an einigen Verkehrsunternehmungen, an Kleinbahngesellschaften und Dampferdiensten beteiligt. Die industrielle und gewerbliche Beteiligung des Reiches ist bekanntlich in der „Vereinigte Industrieunternehmungen AG.“ (Diag) zusammengeschlossen. Das Reich zog hieraus 1930 einen Reingewinn von 10,1 Millionen, was 4,1 Proz. der Beteiligungen ausmachte. Von den Einnahmen der Reichsdruckerei mit 30,9 Millionen im Jahre 1930 wurden 4,4 Millionen an die allgemeine Reichskasse abgeführt. Kleinere Einnahmen fließen dem Reich aus wasserwirtschaftlichen Unternehmungen zu, während seine Beteiligung am Reingewinn der Reichsbank 1930 auf 45 Proz. stieg. Die Nettoüberschüsse aus der Münzprägung betragen 1928 über hundert Millionen.

**Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Großstädten.** Nach dem Stand vom 31. Januar 1932 entfallen auf je 1000 Reichsbürger Einwohner rund 96,8 Arbeitslose, und auf je 1000 Einwohner von Städten mit über 100 000 Menschen rund 129. Im besonderen jedoch: auf je 1000 Einwohner in Chemnitz 174, in Solingen 164, in Nürnberg 149,4, in Dresden 144,2, in Leipzig 142,9, in Breslau 139,7, in Stettin 138,4, in Berlin 138,2, in Braunschweig 137,5 — in Münster jedoch nur 62,2 und in Gelsenkirchen-Buer 98.

**Rundfunkgehälter.** Es hat bis zum 1. Januar 1932 gedauert, ehe sich der Rundfunk entschloß, seine Gehälter den Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 anzupassen. Während bis dahin immer noch 17 leitende Persönlichkeiten mehr als ein Reichsmark, ja sieben von ihnen sogar mehr als der Reichskantler bezogen hatten, sind die Spitzengehälter jetzt mit 33 981 Mk. festgelegt. Ein solches Gehalt beziehen sechs Personen. Drei davon bekommen aber dazu noch 8000 bzw. 2000 Mk. „Gewinnbeteiligung“. Die Gehälter der übrigen Funktionäre (Intendanten, Direktoren, Abteilungsleiter, Prokuristen, Kapellmeister, Regisseure bzw. Angestellte) betragen zwischen 32 154 und 21 981 Mk. bzw. 18 000 bis 12 200 Mk. Von diesen Bezügen werden aber laut Verordnung über die Kürzung der Beamtengehälter immerhin nur 9 Proz. abgezogen, indes die Minister Einkommen sich eine Verminderung von 37 Proz. gefallen lassen müssen!

## BRIEFKASTEN

„Egon der Ausgebeutete“ und andere Einfendungen ähnlicher Art. Wir werden in letzter Zeit von anonymen Zusendungen mit recht unflätigen Schimpfereien „beglückt“, die sich insbesondere gegen unsere politische Auffassung und Darstellung wenden. Oftmals erhalten wir auch mit Randbemerkungen beschriftete Exemplare der „Gewerkschaft“ zurück, die offensichtlich von Kommunisten oder Nationalsozialisten stammen, und eine für die Einsender tief beschämende Form aufweisen. So wirft uns Egon sogar vor (weil meist nur die Anfangsbuchstaben des Unterzeichneten als Unterschriften für die Artikel gewählt werden), wir seien feige. Würden die anonymen Einsender nicht so unwissend in gewerkschaftlichen und allgemein bekannten Dingen sein, müßten sie wissen, wer der Artikelschreiber ist. Warum aber, teurer Egon, willst Du nicht selbst Deine Maske lüften? Anonyme Einfendungen verfallen im allgemeinen dem Papierkorb. Im übrigen wird der Wunderheilige Hitler Euch allen ganz bestimmt nicht helfen, sondern Euch nur ins Verderben führen. Emil Dittmer.

## Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

### XVII.

In dem Wohnzimmer des Gewerkschaftsführers William Ropy füllte ein riesiger Schreibtisch und Bücherregale die Nische bei dem Kamin. Die Tuschzeichnungen und Schulbücher der Kinder samt Pummels Nähkorb bildeten auf dem Tisch ein fröhliches Durcheinander, ohne daß das Ganze den Eindruck von Unordnung erweckte. Hier verrichtete nur eben jeder das, was ihm oblag, und Joan tat diese Atmosphäre eines glücklichen Familienlebens unbeschreiblich wohl.

„Gut, daß ich wieder da bin, Pummel!“

„Ich freue mich, daß Sie so fühlen. William sorgte sich schon, weil Sie gar nicht von London loskamen.“

In Shireport, wohin sie sich nach einer kurzen Besprechung mit Ropy am nächsten Tage begab, fand Joan eine äußerst verwickelte Situation vor, die keinem Gedanken an irgendwelche anderen Sorgen und Plagen Raum gewährte. Zwischen den alt-eingewachsenen Arbeitgebern und den Gewerkschaften der Techniker und Mechaniker hatte stets ein gutes Verhältnis bestanden. Legt man jedoch eine neue Fabrik, die größte in der Gegend, gebaut worden, deren Generaldirektor, Ben Lewis, weder dem Arbeitgeberverband beitreten, noch mit den Gewerkschaften etwas zu tun haben wollte. „Ich zahle einem Mann, was er mir wert ist“, pflegte sich Mr. Lewis bei jeder Gelegenheit zu rühmen, und da er tatsächlich höhere Löhne als die anderen Fabrikanten zahlte, hatte er die besten Leute zu sich herübergezogen, die aber weiter Mitglied ihrer Gewerkschaft blieben. Während des Generalstreiks legten sie an dem verhängnisvollen Mittwoch, dessen Mittagsstunde das Ende des Streiks brachte, morgens ebenfalls die Arbeit nieder. Und dies gab Mr. Lewis die erwünschte Gelegenheit. Zuerst weigerte er sich, irgend jemand wieder einzustellen, der sich nicht zum Austritt aus der Gewerkschaft verpflichtete. Als die Männer jedoch standhaft blieben, wechselte er seine Taktik. Die Fabrik wurde vollkommen umgestellt, so daß er mit Ausnahme einer verschwindend kleinen Anzahl von technisch geschulten Leuten, die er hoch bezahlte, nur Frauen und ungelernete Arbeiter brauchte.

Die Schwierigkeit für Joan bestand darin, daß die billigen Arbeitskräfte, die die geschulten ersetzt hatten, ihrer eigenen Gewerkschaft angehörten, bei deren örtlicher Exekutive sie wenig Unterstützung fand. Es schien, als sei vor dem Enthusiasmus des kaum einen Monat zurückliegenden Streiks ein Vorhang herabgefallen, und dieser Vorhang war ein nasses Laken.

„Warum nicht?“ lautete die mürrische Antwort, die sie auf ihre Vorhaltungen zu hören bekam. „Warum sollen wir aus der neuen Lage nicht soviel wie möglich heraus schlagen?“

„Seht ihr denn nicht ein, daß ihr die Gewerkschaften der Techniker und Mechaniker, die nur zu ihren eigenen Bedingungen arbeiten können, lahmlegt?“ plädierte sie. „Brecht ihr die Front, so wird sich dies im Laufe der Zeit bitter an euch und allen anderen rächen.“

Und unweigerlich hieß es dann stets: „Wir traten einmütig in den Streik — die Führer zerbrachen die Front.“

So kam Joan schweren Herzens zu dem Entschluß, den Stier bei den Hörnern zu fassen. Bekommen rief sie bei Mr. Lewis an, und eine angenehme, sonore Männerstimme versicherte ihr, daß er ihr jederzeit zur Verfügung stände.

Sie machte sich auf den Weg und zwanzig Minuten später überschritt sie die Schwelle von Mr. Lewis' Privatbüro, wo sich ein jugendlicher, sehr gut angezogener Mann aus dem Schreibtischstuhl erhob. Er blickte ein wenig verwundert auf dies zierliche junge Mädchen.

„Sie sind reichlich jung für Ihre Stellung“, meinte er, indem er sie mit einer Handbewegung zum Sitzen einlud.

„Ja. Sie nicht auch?“

Lewis lachte. Und das Eis war gebrochen.

„Ich verhandle übrigens lieber mit jungen Menschen, die mir nicht verkümmerte Ideen aus dem vorigen Jahrhundert aufstischen. Wie alt sind Ihre Ideen?“

„Die besten von ihnen wurden im Generalstreik geboren“, erwiderte Joan.

„Das tut mir leid für Sie. Welch eine Riesendummheit! Was, zum Kuckuck, glaubten Sie dabei gewinnen zu können?“

„Wir hätten sehr viel gewinnen können“, beharrte sie. „Leider aber versuchten wir, eine Schlacht des zwanzigsten Jahrhunderts mit einer Maschinerie des neunzehnten auszutragen. Es gab zu viele Gewerkschaften, zu viele Exekutiven und viel zu wenig Ueberlegung.“

„Ah, zu viele Gewerkschaften!“ wiederholte Lewis. „Da stimme ich mit Ihnen überein. Mit einer einzigen großen Gewerkschaftsleitung, die für alle Betriebe zuständig ist, könnte ein Arbeitgeber sich einigen. Doch jetzt schreibt jede einzelne Gewerkschaft vor, für welche Arbeit jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied verwendet werden darf. Diese Regeln kosten uns Tausende von Pfund nutzloser Ausgaben.“

„Wir stimmen gar nicht überein, Mr. Lewis. Sie wollen mit Ihrer Arbeiterschaft nach Willkür schalten und walten, und der einzige Damm...“

Er hob abwehrend die Hand und ging zum Schreibtisch, um ihr auf Grund von Ziffernmaterial seine Auffassung einer neuen rationalen Arbeitsweise darzulegen. Und so nahe steckten ihre Köpfe über diesen Tabellen und Zahlenkolonnen zusammen, so sehr war ihr Geist von diesen Problemen in Anspruch genommen, daß sie nicht gewahr wurden, wie jemand das Zimmer betrat, bis dieser Jemand hüstelte und in lautem, unheilvollem Tone sagte: „Ben!“ Lewis fuhr herum, und Joan erblickte eine schauerhaft aufgetakelte Frau. Ihre sehr üppigen Formen umhüllte ein giftgrünes, mit Stickereien überladenes Seidenkleid, das der halblange, geöffnete Sobelpelz nur teilweise verdeckte. Ein breites Halsband aus Brillanten und Rubinen sowie ein brauner Samthut mit Reihern vervollständigte diese Herrlichkeit.

„Großer Gott, wer ist dies?“ dachte das junge Mädchen.

„Ah, du meine Liebe?“ Lewis war in nervöser Hast aufgesprungen. „Darf ich die Damen miteinander bekannt machen: meine Frau — Miß Craig.“

Joan kämpfte mit einer schrecklichen Neigung zu kichern. Nur in Mißblättern hatte sie bisher solche Karikaturen gesehen! „Und wer ist diese Person?“ fragte die gepuhte Schöne mit tiefer Stimme.

„Miß Craig ist Gewerkschaftsfunktionärin und kam, um sich mit mir über die ausgesperrten Arbeiter zu besprechen.“

„Du gelobtest mir doch, daß du mit diesem verderbten Volk nichts mehr zu schaffen haben wolltest!“ kam es grollend zurück.

Aha, da liegt der Hase im Pfeffer!... Und da Joan von Mrs. Lewis Unverschämtheiten genug hatte, reichte sie dem beneidenswerten Gatten die Hand und äußerte sehr sachlich: „Ich werde Ihre Ansichten an die zuständige Stelle weiterleiten.“

Sein Blick flehte um Entschuldigung, als er ihr die Tür öffnete, aber er wagte nur die kurzen Worte: „Dank für Ihren Besuch. Adieu, Miß Craig.“

Joan aber huschte mit einem höflichen „Guten Tag“ so schnell hinaus, daß seiner Frau keine Zeit blieb, einen weiteren Pfeil abzuschießen.

Wohin jetzt? Gleich zurück zum Gewerkschaftshaus? Nein, lieber an einen stillen Fleck, um einen Feldzugsplan auszudenken! So steuerte sie nach Shireports Elitecafé. Ein präntiöses Lokal mit imitiertem Eichenholztäfelung, eisernen Tischchen mit schwarzer Marmorplatte, billigen Kattungardinen und reichverzierten Cremetorten. Aber da das Geschirr blinkte und bligte, bunte Papierschirme das grelle Licht dämpften, war Joan nach einem anstrengenden Tag in den ruhigen Straßen Shireports für diesen Zufluchtsort dankbar.

Als sie sich nach einem Eckisch umsah, stand ein junger Mann auf, um sie zu begrüßen. Es war Alaric Martin, der Reporter des „Shireport Standard“.

„Ich befand mich auf der Jagd nach Ihnen und hoffte, daß Sie die Nase hier hereinstecken würden. Wollen Sie an meinem Tisch Platz nehmen?“

„Mit Vergnügen, besonders weil Sie sich meine Lieblingsecke auserkoren haben. Außerdem brauche ich etliche Informationen: „Tauschen wir sie aus, Miß Craig!“

Er war als Auslandskorrespondent viel in der Welt herumgekommen, aber der Krieg hatte seine Gesundheit untergraben. Jetzt lebte er in einer zehn Meilen südlich der Stadt gelegenen Blockhütte am Meeresstrand, suchte sich selbst einzureden, daß die Seeluft seine Lungen kurieren würde, und hatte mittlerweile — nur dem Namen nach nicht Chefredakteur — die kleine, respektable Provinzzeitung zu aktiver Lebendigkeit angefaßt, die die Aufmerksamkeit zweier gewaltiger Zeitungstruße auf sich zog.

„Ich hörte, daß Sie Lewis besucht haben“, begann Martin.

„Was halten Sie von ihm?“

„Als eingefleischter, prinzipieller Kapitalistenhasser hatte ich Schlimmeres erwartet.“